Mittag-Ausgabe.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Ulrici & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank".

Nr. 416.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 16. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Amtliches.

Berlin, 15. Juni. Der Kaiser hat bestimmt, daß der Polizei-Direktor v. Stöphasius in Metz einstweilig in den Ruhestand versetzt werde.

Der König hat dem Ober-Bürgermeister Breslau zu Erfurt den Charakter als Geh. Regierungs-Rath, dem Geh. Kanzlei-Direktor im Ministerium für Handel und Gewerbe, Schröder, den Charakter als Kanzlei-Rath, und dem Inspektor und Rendanten an der Strafanstalt in Görlitz, Premier-Lieutenant a. D. Thimann, den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Dem Oberlehrer Scholkmann am Luisenstädtischen Gymnasium in Berlin ist das Prädikat Professor beigelegt worden.

Deutscher Reichstag.

19. Sitzung.

Berlin, 15. Juni. 11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes v. Bötticher, v. Mayr u. A.

Nachdem der Nachtragsetat in dritter Berathung genehmigt worden, wird die zweite Berathung der Monopolvorlage fortgesetzt (§ 2), die sich auch im weiteren Verlauf auf folgenden vom Abg. v. Ludwig eingebrachten Antrag bezieht, der daher schon an dieser Stelle und nicht erst unter den Resolutionen mitgetheilt werden muß, zu denen er gehört:

Der Reichstag wolle beschließen:

„Unter Ablehnung der Nr. 2 des Kommissions-Antrages und unter Ablehnung aller Unter-Anträge zu dieser Nr. 2 die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentritt darüber Mittheilungen zu machen,

1) ob und welche Geldsummen aus Reichsmitteln sind erforderlich, um in den Finanzen der Einzelstaaten das Gleichgewicht herzustellen;

2) eventuell auf welche Weise können diese Mittel beschafft werden."

Abg. Groß (Speyer): Der § 2 enthält so schwere Kontrolmaßregeln für den Tabaksbau, daß der Tabaksbauer, der die Erlaubniß zum Tabaksbau erworben hat, der Willkür der Regiebeamten vollständig preisgegeben ist. Es wird zwar eine wohlwollende Ausführung der „Vollzugsinstruktionen" versprochen, der Bauer ist aber mißtrauisch geworden. Er will überhaupt nicht das Monopol, sondern läßt sich lieber eine Tabakssteuer gefallen, weil er dabei immer noch existiren kann, während das Monopol seine ganze Existenz in Frage stellt. Es heißt freilich, ⅔ des Tabaks soll im Lande gebaut werden. Wer kann aber darauf rechnen? In Frankreich wurde 1810 dekretirt 11/12 des Tabaks solle im Inlande produzirt werden, später aber kehrte man sich nicht daran. Man sollte doch lieber erst abwarten, welche Erträge die Tabakssteuer einbringt und den Pflanzern doch endlich Ruhe gönnen. Die Gefahren des Monopols hat schon die Tabaksenquête-Kommission erkannt und sich gegen dasselbe erklärt.

Unterstaatssekretär v. Mayr: Diese Kommission hatte den finanziellen Ertrag des Monopols auf höchstens 50—70 Millionen geschätzt, und es war erklärlich, daß sie sich bei der Voraussicht eines so geringen Ertrages gegen das Monopol erklärte. Hätte sie den Ertrag auf 150 Millionen geschätzt, so würde sie sich wohl für das Monopol ausgesprochen haben. Die Auffassung, daß die Tabaksbauer gegen das Monopol seien, kann ich nicht theilen. Es giebt viele Freunde des Monopols, die auch den Muth haben, für dasselbe einzutreten. Die Furcht, daß mit dem Monopol der Bau des einheimischen Tabaks eingeschränkt werden würde, ist vollkommen unbegründet.

Abg. v. Benda tritt für die Kommission des Reichstags und die Methode ihrer Berathung, die in dieser ganzen Verhandlung vielfach angegriffen worden sind, als ihr Vorsitzender nachdrücklich ein. Die Majorität, mit welcher die Ablehnung erfolgt ist, ist die beste Rechtfertigung der Methode, welche die Kommission beobachtet hat.

Abg. v. Massow erklärt in Abwesenheit des Abg. von Hammerstein: Die Minorität der Kommission war der Ansicht, daß es Pflicht derselben sei, die Vorlage möglichst gründlich zu erledigen. Was die Fassung des Berichts betrifft, so hatte Herr von Hammerstein erklärt, daß er dieselbe nicht als durchaus objektiv ansehen könne. Wir haben dementsprechend mehrere Zusätze zu dem Berichte erbeten. Diese Zusätze sind in der coulantesten Form genehmigt, und nachdem dies geschehen, hatten wir keine Veranlassung, gegen die Fassung des Berichts Etwas einzuwenden.

Abg. von Minnigerode beantragt zur Vereinfachung der Debatte, über die folgenden Paragraphen gruppenweise zu diskutiren.

Abg. Meier (Bremen) ist mit diesem Vorschlage einverstanden, fürchtet aber, daß dem Reichstage dann derselbe Vorwurf gemacht werden würde, wie der Kommission.

Abg. Windthorst theilt diese Befürchtung nicht. Die Kommission habe keine Sicherheit, wie das Plenum beschließen würde und müßte deshalb die einzelnen Paragraphen diskutiren, während der Reichstag keinerlei Rücksicht zu nehmen brauche.

Abg. Blum (Heidelberg) macht darauf aufmerksam, daß die Kontrolvorschriften der Monopolvorlage für die Tabaksbauer drückender seien als das Tabakssteuergesetz und daß der inländische Tabaksbau eingeschränkt werden müßte, wenn man das finanzielle Erträgniß der Vorlage erzielen wolle.

Unterstaatssekretär von Mayr versichert, daß der inländische Tabaksbau die in der Vorlage gesteckte Grenze sogar überschreiten würde.

Eine weitere Debatte entspinnt sich erst bei IV. Tabaksfabrikation und Verkauf von Tabaksfabrikaten.

Abg. v. Kardorff: Ich habe früher gesagt, daß wenn der Arbeiter das Rauchen einstellte, er einen großen Theil seines Verdienstes ersparen würde. Dagegen hat nun Herr Hasenclever den im vorigen Jahrhundert vertretenen Grundsatz variirt, daß der Luxus, die Verschwendung das Nationalvermögen vergrößere. Ich hoffe, daß die Arbeiter dieser verwerflichen Theorie nicht folgen werden. Sie werden das durch Aufgeben des Tabaksgenusses ersparte Geld am Besten zu Ausgaben für ihre Familie, zu besserer Ernährung ihrer Kinder u. s. w. verwenden können. Es ist dann gesagt worden, daß, wenn es nach mir ginge, die Arbeiter in Deutschland dasselbe Leben führen würden wie die Chinesen in Amerika. So lange diese Behauptung nicht bewiesen wird, muß ich sie nach meinem ganzen Auftreten und meiner Stellung zu den Arbeiterinteressen für eine grundlose Verdächtigung halten.

Abg. Hasenclever: Der Tabaksgenuß ist eine Bedürfnißfrage, die jeder Einzelne für sich entscheiden muß. Darüber können wir hier nicht bestimmen.

Zum § 66 (Personalentschädigung) liegt ein Antrag des Abg. Uhden vor, welcher die Entschädigung auf diejenigen Tabakspflanzer ausdehnt, welche seitens der Landesregierungen zum Anbau von Tabak für die Monopolverwaltung nicht zugelassen werden.

Dieser Antrag wird gegen die Stimmen einiger Konservativen abgelehnt; ebenso ein weiterer Antrag desselben Abgeordneten, welcher den Anbau von Tabak zum eigenen Genuß in einem geringen Umfange gestatten will.

Bei IX. (Verwendung des Ertrages des Reichstabaksmonopols) begründet Abgeordneter v. Ludwig seinen oben mitgetheilten Antrag. Die Kommission habe das Monopol abgelehnt, aber etwas Besseres an dessen Stelle nicht vorgeschlagen. Sein Antrag bezwecke, der finanziellen Ungewißheit im Reich und in den Einzelstaaten ein Ende zu machen.

Abg. v. Minnigerode erklärt sich mit dem Grundgedanken des Antrages einverstanden, glaubt aber, daß der Antrag zu allgemein gefaßt und deshalb wohl nicht ausführbar sei.

Auch dieser Paragraph des Gesetzes wird abgelehnt.

Damit ist die Spezialberathung der Monopolvorlage erledigt. Es folgt nunmehr die Berathung der Resolutionen. Die von der Kommission unter Nr. 2 ihrer Anträge beantragte Resolution (in der Kommission vom Abg. Lingens beantragt) lautet: „Der Reichstag wolle beschließen, zu erklären: daß nach der erst durch Gesetz vom 16. Juni 1879 erfolgten Erhöhung der Tabakssteuer eine weitere Belastung und Beunruhigung der Tabaksindustrie umsomehr unstatthaft erscheint, als die vorhandenen und in Zunahme begriffenen Einnahmen sowohl im Reiche, als auch in den Einzelstaaten bei angemessener Sparsamkeit voraussichtlich Mittel bieten, die öffentlichen Bedürfnisse zu befriedigen und bestehende Mängel in der Steuer- und Zollgesetzgebung auszugleichen.

Abg. v. Bennigsen beantragt, in der von der Kommission beantragten Resolution das Wort „umsomehr" und ferner die Worte „als die vorhandenen" u. s. w. bis zu den Schlußworten „Zollgesetzgebung auszugleichen" zu streichen.

Ferner liegen mehrere Anträge vor, welche den Kommissionsantrag ganz beseitigen wollen:

1) vom Abg. Windthorst, zu erklären, daß, da erst neuerlich durch Gesetz vom 16. Juni 1879 eine Erhöhung der Tabaksbesteuerung stattgefunden hat und der finanzielle Erfolg dieser Erhöhung noch nicht vollständig vorliegt, jedenfalls noch nicht vollständig übersehen werden kann, von einer weiteren Belastung der Tabaksindustrie Abstand zu nehmen sei.

2) vom Abg. v. Minnigerode: zu erklären: „daß mit Rücksicht auf das Reich, welches in seinen Finanzen selbständig hinzustellen ist, ferner mit Rücksicht auf Beschaffung der zur Durchführung der sozialpolitischen Ziele nöthigen Mittel und endlich mit Rücksicht auf die finanziellen Bedürfnisse und die nothwendige Reform der direkten Steuern in den Bundesstaaten und auf die drückende Steuerlast der Kommunen und Kommunalverbände, die Vermehrung der Einnahmen des Reiches durch den weiteren Ausbau der indirekten Besteuerung, insbesondere auch durch eine stärkere steuerliche Heranziehung des Großkapitalverkehrs wie des Branntweins als Genußmittel, geboten erscheint".

3) vom Abg. v. Ludwig (s. o.).

Endlich beantragt Abg. Marquardsen, eventuell für den Fall der Ablehnung aller vorstehenden Anträge, zu erklären: „daß eine weitere Erhöhung der Tabaksbesteuerung, da dieselbe erst durch das Gesetz vom 16. Juni 1879 sowohl in neuer Form als in wesentlich erhöhtem Betrage auferlegt worden ist und ihr vollständiges und dauerndes Erträgniß nur durch eine längere Erfahrung festgestellt werden kann, unstatthaft erscheint".

Abg. Lingens: Die von mir in der Kommission eingebrachte Resolution hat sowohl in der Presse als auch sonst eine durchaus unrichtige Auslegung erfahren, gegen welche meine näheren Freunde und ich, die wir der Kommission angehört haben, entschieden Verwahrung einlegen müssen. Um allen Mißdeutungen vorzubeugen, werden wir deshalb nur noch für die Resolution Windthorst stimmen, weil diese dem Hauptzweck unserer Resolution am Besten entspricht. (Große Unruhe, Rufe links: Aha!)

Abg. v. Bennigsen: Auch nach Ablehnung des Monopols hat der Reichstag immer noch dringende Veranlassung mit möglichst großer Mehrheit zu erklären, daß die Tabaksindustrie nach jahrelanger Beunruhigung endlich zur Ruhe kommen müsse, da die Thronrede für den Fall der Ablehnung des Monopols den Tabak in erhöhtem Maße zur Besteuerung heranzuziehen in Aussicht stellt und vermuthlich schon für die nächste Session. Von Werth würde es daher sein, wenn eine große Mehrheit sich für den ersten Theil des Kommissionsantrages oder für den Antrag Windthorst oder Marquardsen erklärteund dadurch auf die zukünftige Praxis der verbündeten Regierungen Eindruck machte. In Bezug auf den motivirenden Schlußsatz des Kommissionsantrages, den ich und meine Freunde streichen wollen, hat der Abgeordnete Richter dem Zentrum und den Nationalliberalen mit sehr starken Worten gesagt, daß, wer nicht den Muth zu klarer Gefechtsstellung habe und nicht die Motivirung des Antrages als seinen eigentlichen Inhalt annehme, die Verantwortung für einen Verfassungskonflikt zwischen Kanzler und Parlament trage. Aber zwischen diesen großen Worten und dem Inhalt des zweiten Theils der Resolution besteht ein Mißverhältniß, wie es größer nicht gedacht werden kann. Von praktischer Bedeutung kann die „angemessene Sparsamkeit" nur bei der Heeresverwaltung sein, denn der Abg. Richter hat sich vergeblich bemüht, bei anderen Ressorts die Möglichkeit von Ersparungen nachzuweisen, die in diesem Zusammenhang von Bedeutung wären, und der Reichstag darf sich nicht dem Mißverständniß aussetzen, als habe er zu Ersparungen im Militäretat in einem Augenblick aufgefordert, der dazu ganz besonders ungeeignet ist, in dem die äußere Lage eine so gespannte ist. Sodann lassen sich die Bedürfnisse des Reichs wohl übersehen, aber es wäre inkorrekt, beiläufig ein Urtheil abzugeben über die Bedürfnisse der Einzelstaaten und ob die Mittel ausreichen, sie zu befriedigen. (Der Redner bespricht sehr eingehend die Vorgänge im Gebiete der preußischen Steuerreform und fährt dann fort): Eigentlich ist es nicht zu verstehen, wie der Herr Reichskanzler, weil es ihm bislang in den letzten zwei bis drei Jahren nicht möglich gewesen ist, für bestimmte in Preußen noch nicht anerkannte Verwendungszwecke aus dem Reiche so große neue Mittel bewilligt zu erhalten, so weit gegangen ist, die Vorwürfe für die Schwierigkeiten, die er da gefunden, und die geringe Mitwirkung bei der Verfolgung dieser seiner Ziele, nicht blos gegen einzelne Minister, Parteiführer oder Fraktionen, sondern gegen unser ganzes Partei-, unser Verfassungswesen und die parlamentarischen Zustände überhaupt zu richten. Es gab eine Zeit im Reiche, in der solche Vorwürfe aus seinem Munde nicht ertönten. Er hat mit einer Mehrheit im Reichstage und in Preußen 10—12 Jahre lang auf allen Gebieten der Gesetzgebung die größten Erfolge zu verzeichnen. Jetzt zum ersten Male, wo die Mehrheit zwei Jahre hintereinander dem Reichskanzler den Dienst versagt für steuerpolitische Projekte, die neu, schwer übersehbar und in der Berechnung ihrer Wirkungen noch nicht abgeschlossen sind, hören wir aus seinem Munde so schwere Vorwürfe gegen die parlamentarische Vertretung und den Geist des deutschen Volkes! Er behauptet, daß er durch ein liberales Kanossa vielleicht mehr erreicht hätte. Aber wo sind denn die liberalen Parteien, die bis in die neueste Zeit im Reich oder in Preußen eine Parteiregierung zu sein verlangt haben? Ich kenne keine solche Partei, von meiner Partei lehne ich es entschieden ab. Ich gehe sogar weiter und sage: so lange wir nicht zwei große Parteien haben, wie in England, sondern drei (Liberale, Konservative und Zentrum), ist eine Parteiregierung im englischen Sinne fast eine Unmöglichkeit jedenfalls ist die Forderung, eine liberale Parteiregierung zu bilden, von den liberalen Parteien nicht erhoben worden. Die nationalliberale hat — gewiß ein Fall ohne Gleichen — trotz ihres großen Antheils an der legislativen Umgestaltung und ihrer numerischen Stärke niemals den Anspruch erhoben, daß auch nur ein Mitglied dieser Partei in die Regierung eintreten sollte. Ja man muß sich fragen, ob sie damit richtig gehandelt hat. Aber man wollte das Durchsetzen wichtiger legislativer Maßregeln nicht von Personenfragen und ihrer der Partei günstigen Entscheidung abhängig machen, begnügte sich mit einer konservativen Regierung für das zu wirken, was man im Interesse des Reiches und Preußens für wohlthätig hielt, ohne an der Regierung, auf die man Einfluß übte, selbst theilzunehmen, und sah ruhig die Besetzung der Lücken im preußischen Ministerium und in der Reichsregierung durch Administrateure und Mitglieder der konservativen Partei vor sich gehen. Wenn also die Verhältnisse jetzt anders geworden sind, so liegt doch wohl ein nicht unerheblicher Theil der Schuld auch an der Art und Weise, wie die Verhältnisse Seitens der Regierung und des Reichskanzlers selbst betrieben sind und abgesehen von der nicht vollständigen Reife oder dem nicht völlig Zutreffenden einzelner Vorlagen an dem Uebermaß legislatorischer Arbeit, welche dem Parlament im Reiche und in Preußen zugemuthet wird. (Sehr wahr! links.) Der Reichskanzler braucht auch seine große schöpferische Thätigkeit noch keineswegs einzustellen, wenn er sich auf diesem Gebiete nach den gemachten Erfahrungen einige Jahre Ruhe gönnt. Die Aufgaben, die diesem Reichstag zugewiesen sind, werden nur erschwert und gekreuzt durch die Verbindung mit finanzpolitischen Erörterungen, welche auf einen starken Widerstand stoßen. Der vorige, übrigens gar nicht so unschöpferische Reichstag hat den großen Abschluß der Zoll- und Steuergesetzgebung gebracht, er hat dem Staate die sicheren Mittel in die Hand gegeben zur Niederhaltung der sozialistischen Bewegung; er hat drittens dem Reiche die Mittel und die Ordnung gegeben, daß, sollte uns das Unglück eines neuen Krieges treffen, unsere Feldarmee in einer Stärke von 200,000 Mann mehr ausrücken kann. Er hat das Sozialistengesetz bis 1884 verlängert; es ist nun die Aufgabe dieses Reichstages, endlich einmal die sozialpolitischen Aufgaben, soweit sie sich wirklich als berechtigt durchgearbeitet haben, positiv zu fördern. Im vorigen Jahre ist uns das Unfallversicherungsgesetz vorgelegt worden und die offiziöse Presse beeilte sich, jeden, der es nicht akzeptirte, als einen Feind des Reiches und der Arbeiter zu erklären; jetzt hat eine nähere Prüfung ergeben, daß dieses Gesetz auf den damaligen Grundlagen unausführbar gewesen wäre. Könnten wir in den beiden uns noch bevorstehenden Sitzungen das eine oder andere dieser Gesetze zum Abschluß bringen, so wäre das etwas Großes nach den Bewegungen, die wir hier niederzuhalten haben; etwas Großes nicht nur in Deutschland, sondern der Bewegung gegenüber, die seit längerer Zeit ganz Europa unterwühlt. Ich weiche in dieser Hinsicht von dem Herrn Abg. Bamberger wesentlich ab. Ich glaube nicht, daß wir es hier mit einer Bewegung zu thun haben, die nur durch Agitation hervorgerufen und unterhalten wird; ich glaube, daß wir hier an einem Wendepunkt der ganzen Geschichte der zivilisirten Menschheit in Europa angelangt sind; wo es nothwendig ist, zu prüfen, was in diesen Bewegungen, die so ungeheure Massen schon an sich gerissen haben, der gesunde Kern und was nur Auswüchse, erzeugt durch revolutionäre und agitatorische Arbeit, sind. Der Staat und die bürgerlichen Klassen haben die Verpflichtung auch aus Religiosität oder Humanität an diese Dinge heranzutreten und dasjenige, was darin wirklich berechtigt ist, zu einer ernsthaften und nachhaltigen Aufgabe für die Gesetzgebung zu machen. (Beifall.) Diese Aufgabe kann ein Volk in Europa allein nicht lösen, dazu bedarf es der Gesammtheit der zivilisirten Völker; noch unsere Kinder, noch unsere Enkel werden vor der Erfüllung dieser Aufgabe stehen. Aber jeder Staat muß wenigstens den Anfang machen, das ist er seiner eigenen Sicherheit und den unterdrückten Klassen der Bevölkerung schuldig. Und wenn der Herr Reichskanzler mit allem impetus seines Willens und allem Feuereifer, den wir an ihm gewohnt sind, diese Fragen aufgeworfen, an die sich noch Niemand gewagt hat, so sind wir ihm dafür Dank schuldig. (Beifall.) Daraus folgt noch nicht, daß wir jeden Paragraphen, so wie ihn der Herr Reichskanzler und seine Arbeiter hinwerfen, akzeptiren. Meine Herren! Das ist allerdings das Schicksal großer historischer Persönlichkeiten, denen es gestattet ist, umwälzend und aufbauend Bahnen vorzuziehen den Völkern, welchen sie angehören, daß eben solche Thätigkeit nur möglich ist durch eine ungewöhnliche Kraft des Willens, durch eine ungewöhnliche Gewalt des Geistes, durch einen seltenen Feuereifer in der Verfolgung der Ziele, welche man sich gesteckt hat. Nur Menschen von solcher historischen Bedeutung sind im Stande, solche Ziele sich zu stecken, wie sie der Kanzler und ähnliche große Figuren der menschlichen Geschichte sich gestellt haben, und nur sie sind im Stande, solche Ziele auch wirklich zu erreichen. Aber es liegt einmal in dem ganzen menschlichen Dasein, daß Niemand vollständig glücklich sein kann, weder in seinem äußeren Schicksal, noch in der Beschaffenheit seines Wesens und seines Innern. An der tragischen Schuld des menschlichen Daseins nehmen Groß und Klein alle ihren Antheil und den größten Antheil alle Diejenigen, welche die Führer der Völker sind und welche die Kraft ihres Geistes und das Maß ihres Willens befähigt, in die Bahnen der Völker historisch bestimmend ein-

zugreifen. Meine Herren! Das Feuer, welches erforderlich war, um so Großes zu schaffen, der nachhaltige Wille, der dazu nöthig war, die geistige Kraft, die Bestrebungen zu erfassen und thätig durchzuführen, zehren auch an dem Innern dieser Männer selbst. Und wenn es ihnen gelingt, große Hindernisse zu besiegen, wenn sie daran die Anspannung aller Kräfte setzen müssen, dann ist es natürlich, daß solche Männer das verzehrende Feuer stärker ergreift! Meine Herren! das ist ein tragisches Schicksal, mit dem man Mitgefühl haben soll, und wenn der Reichskanzler nach so großen Erfolgen angelangt ist an eine Stelle, wo er sich beklagt, daß man ihn Jahre lang in seinen besten Absichten im Stiche gelassen habe, so sage ich: ein Mann, der gewohnt ist, Hindernisse zu überwinden, überschätzt vielleicht auch den innern Gehalt seiner Projekte und die Natur der Hindernisse; er ist geneigt, die Projekte, die er mit seinem gewaltigen Willen durchsetzen will, für gereifter und in sich abgeschlossener zu halten, als die lebende Menschheit erkennt, und er findet in den Hindernissen persönliche Gegensätze und üblen Willen, wo die Schwierigkeiten nur in den Verhältnissen liegen, in der Erkenntniß der Mitlebenden, die sich von der Richtigkeit und Zuverlässigkeit des Erfolges einer so großen finanzpolitischen Maßregel noch nicht haben überzeugen können. Aus solchen Vorgängen darf der Kanzler nicht irre werden an dem Geiste seiner Nation und an der Zuverlässigkeit und Sicherheit der Institutionen, die die Nation und ihre Vertretung mit ihm zusammen geschaffen haben. Der Reichskanzler mag sich in einzelnen Stunden die politische Zukunft unseres Vaterlandes noch so unsicher und schwarz ausmalen, auf dieses Gebiet werden die Vertreter Deutschlands und das deutsche Volk ihm nicht folgen. Nein, m. H., das deutsche Volk giebt die Hoffnung auf seine Zukunft nicht auf und verzweifelt nicht an der ruhigen Grundlage der Institutionen, welche in den Jahren 1867 und 1871 im Reiche geschaffen sind unter wesentlicher Mitwirkung des Kanzlers, aber auch unter freudiger Zustimmung der Nation. (Bravo!) Der Kanzler hat auf die Schwierigkeiten der konstitutionellen Verfassung in anderen Ländern hingewiesen; diese Schwierigkeiten haben sich auch bei uns herausgestellt; aber wenn man an die erfolgreiche Thätigkeit im Reiche seit 1867 denkt und Deutschland in Vergleich bringt mit den Erfolgen oder Mißerfolgen in den übrigen Ländern, so brauchen wir nicht beschämt vor anderen Völkern dazustehen; im Gegentheil, die großen Umwälzungen, die unter Führung des Kanzlers das deutsche Volk vorgenommen hat, in einer kurzen Spanne Zeit, sind in einer Weise gelungen, wie es ohne Beispiel in der ganzen menschlichen Geschichte ist. (Sehr richtig!) Unter solchen Umständen auch nur auf die Möglichkeit hinzuweisen, auf den alten Bundestag und die absolutistische Verfassung zurückzukommen, ist gewiß eine Veranlassung nicht vorhanden. Mögen die Schwierigkeiten in Deutschland und dem Westen von Europa noch so groß sein, mit den Zuständen des absolutistischen Rußland und mit den Gefahren, welche der Regierung bevorstehen, mögen wir nicht tauschen. Der Herr Reichskanzler hat gewiß mit vollem Rechte darauf hingewiesen, daß er in den deutschen Dynastien, auch den mittleren und kleineren Staaten, welche der deutschen Einigung im bundesstaatlichen Sinne oft genug widerstrebt haben, eine Stütze für die jetzige Verfassung gefunden hat. Aber diese Stütze allein würde sich weder breit noch fest genug erweisen ohne ein lebendiges und einträchtiges Zusammenwirken mit dem Volke und seinen Vertretern. Die Trennung dieser Elemente würde unabsehbare Umwälzungen zur Folge haben, die erst in Jahren wieder dauernden geordneten Zuständen weichen würden. Sollte mit Hülfe der deutschen Dynastien an die Stelle der jetzigen Verfassung und konstitutionellen Einrichtungen mit Beseitigung des Parlaments etwas anderes gesetzt werden, dann wäre die Bahn frei für jede Revolution. Nein, m. H., das Große und Schöne unserer Entwickelung hat darin bestanden, daß nach der vergeblichen Arbeit einzelner Patrioten, ganzer Generationen in zwei Menschenaltern endlich Fürsten und Völker sich zusammengefunden haben, wenn auch nicht ohne den schweren Durchgang eines Bürgerkriegs. Es ist vollkommen richtig, was der Herr Reichskanzler gesagt hat, alle diese Vorbereitungen von einzelnen Patrioten und Vereinen, und die ganze achtundvierziger Bewegung waren nicht im Stande das deutsche Reich zu schaffen, nein, dazu war ein kräftiger Wille, dazu war die Aufwendung der Mittel eines großen Staates erforderlich, das hat der Herr Reichskanzler für sich als seine historische Aufgabe und Leistung in Anspruch genommen, daß er den richtigen Moment erfaßte, daß er es wagte, seinen König dafür zu stimmen, daß dann dieses große Werk, das durch Menschenalter vorbereitet war, endlich zum Durchbruch und Abschluß gekommen ist. Ich habe auch sonst wohl den Herrn Reichskanzler billiger urtheilen hören, und er hat gewiß schon billiger gedacht über die Vorbereitungen zu der Umwälzung von 1867 und 1871. Gewiß ist es vollkommen richtig, die Burschenschaften, die Vereine und Verbrüderungen, die einzelnen Patrioten, alle die sich bemüht haben, den Gedanken der deutschen Einheit in diesem Jahrhundert zum Ausdruck zu bringen und für die Durchführung vorzubereiten, sind weit entfernt, für sich in ihrem Innern oder historisch das Verdienst in Anspruch zu nehmen, daß sie es gewesen sind, welche diese Veränderung herbeigeführt haben. Aber ich will das Bild einmal umdrehen: niemals wäre der Reichskanzler, niemals wäre die Monarchie Preußen im Stande gewesen, dieses Verfassungswerk von 1867 und 1871 im Kampfe gegen Oesterreich und Europa zum Abschluß zu bringen, wenn das, was wir jetzt an einheitlicher Verfassung in Deutschland haben, nicht der Abschluß und das historische Ergebniß einer langen Zeit gewesen wäre, an der die besten Kräfte in Deutschland, jede in ihrer Art gearbeitet (Beifall links), ihre Opfer gebracht haben. Was hier geschaffen ist, das ist aus dem Geist des deutschen Volkes, durch mächtige Männer und große Persönlichkeiten lange vorbereitet, endlich zum Durchbruch gebracht. Aber durch die Personen allein konnte es nicht geschaffen werden, wie auch das Volk allein nicht im Stande war in seiner Uneinigkeit von Nord und Süd, gestört durch die religiösen Gegensätze, durch eine Volksbewegung von unten in der Art von 1848 einen solchen Abschluß herbeizuführen. Darin findet ein Mann wie der Fürst Bismarck seine historische Bedeutung, und seine Popularität verdankt er gerade dem Umstand, daß er nicht allein mit Genialität und übermächtigem Willen und großem diplomatischem Geschick diese Dinge durchgebracht hat, sondern, daß er aus dem Geist des deutschen Volkes heraus gewissermaßen als Erbe aller jener Bestrebungen und Versuche und Anläufe, daß er in voller Uebereinstimmung mit dem Volke endlich die alten Wünsche nach einer einheitlichen und bundesstaatlichen Verfassung zum Abschluß gebracht hat. Wie wäre auch seine ungeheure Popularität erklärlich, wenn das, was geschaffen ist, nicht geschaffen wäre unter Zustimmung und Mitwirkung ganzer Generationen des deutschen Volkes, (Lebhafter Beifall), denen der Fürst Bismarck und das Haus Hohenzollern die Führer in der Beendigung dieses Kampfes gewesen sind. Also ich sage, der Reichskanzler hat nach seiner Vergangenheit und nach den Verlauf unserer Geschichte so wenig Ursache wie wir zu verzweifeln oder so schwarz zu sehen in die Zukunft des deutschen Volkes, Nein, diese Zukunft hat, so lange Deutschland nicht aufhört seine Schuldigkeit zu thun in seinen Dynastien, seinen Staatsmännern, seinem Volk und dessen Vertretern, eben so günstige Aussichten als die eines andern Landes von Europa. (Beifall links.) Und nach alle dem, was das Volk in schwierigen Zeiten, namentlich 1870 an Opfern zu bringen bereit gewesen ist, läßt sich hoffen, daß, wenn noch einmal eine Noth an uns herantritt und dann der Kanzler oder der über ihm stehende Kaiser an sein Volk appellirt, auch dann ihm der Patriotismus nicht fehlen wird, den der Herr Reichskanzler für die Fürsten allein in Anspruch genommen hat. (Lebhafter Beifall links.) In einem solchen Falle, glaube ich, werden alle Parteien, die Liberalen nicht ausgeschlossen, treu zu Kaiser und Reich stehen und jedes Opfer im patriotischen Sinne bringen, was irgendwie in einer schweren Zeit von ihm verlangt wird. (Stürmischer Beifall links; vereinzeltes Zischen rechts.)

Abg. **Rickert**: Ich begreife es, daß ein Mann von so großen Fähigkeiten und so gewaltigem Willen, wie der Reichskanzler, hier in Ausdrücken des Unmuths gesprochen hat, weil er Hindernisse findet. Die gestrige Abstimmung hat allerdings gezeigt, daß das deutsche Volk das letzte Ideal des Reichskanzlers zertrümmert hat und zwar, wie ich hoffe, für immer. Wir können den Gefahren, mit denen uns die Pläne des Reichskanzlers bedrohen, am besten dadurch begegnen, daß wir seinem Willen einen ebenso entschiedenen Willen entgegensetzen. Denn die Nation kann nicht ihre ganze Zukunft dem Kanzler allein überlassen. Und es sind bereits glückliche Symptome dafür vorhanden, daß wir vorwärts gekommen sind auf dem Wege der Bildung großer Parteien. Ich würde mich freuen, wenn die große konservative Partei wirklich zu Stande käme, aber lassen Sie auch uns in unseren Bemühungen fortfahren. Indem ich nun auf die Sache selbst eingehe, kann ich konstatiren, daß ich dem Standpunkt des Abg. v. Bennigsen fast vollständig zustimme. Es ist ein unberechtigter Vorwurf des Reichskanzlers, wenn er sagt, der preußische Landtag habe das Verwendungsgesetz gar nicht durchberathen wollen, es hätte das auch in der Zeit vom 14. März bis 6. Juni nicht geschehen können, denn das Verwendungsgesetz wurde erst am 17. März vorgelegt, am 31. März begannen sodann die Osterferien, welche am 18. April ihr Ende nahmen. Uebrigens was nöthigt uns, so überaus wichtige Fragen übers Knie zu brechen? Das Bedürfniß nach Ruhe ist bei Ihnen (Bundesrath) und den Konservativen ebenso vorhanden, wie bei uns. Und ich wünsche, daß wir ein möglichst einmüthiges Votum auch in der Beziehung abgeben, daß der Reichstag erklärt, wir verlangen Ruhe. Wollen Sie (rechts) die erforderlichen 300 Millionen durch die Börsensteuer und die Steuer auf Genußmittel schaffen? Ich weiß wohl, daß es Menschen giebt, welche meinen, daß die Börsensteuer 100, ja 200 Millionen einbringen wird. Wie will aber Herr v. Minnigerode diese Summe aus der prozentualen Börsensteuer herausbringen? In Frankreich hat dieselbe 1879 23,3 Millionen Francs und 1880 27 Millionen Francs betragen. Was wollen diese Summen sagen, auf die Sie es in Deutschland gar nicht bringen werden! Also sagen Sie uns rund heraus, was Sie außerdem noch für Steuern haben wollen. (Rufe rechts: Tabak!) Tabak? Nun morgen werden Sie das Votum über die Erhöhung der Tabakssteuer haben. Glauben Sie (rechts), daß der Reichskanzler mit Ihnen zufrieden ist? Die Herren wollen den Zielen des Kanzlers zustimmen, ihm aber nicht die Mittel zu deren Erreichung bewilligen. Ich finde das freilich vom psychologischen Standpunkte aus erklärlich, aber sprechen Sie nicht immer fort von Entlastungen, wenn Sie Ziele billigen, zu denen 300 Millionen neuer Steuern erforderlich sind. Der Reichskanzler sagte, die direkten Steuern müßten abgeschafft werden, die armen Leute und die 20 Millionen Landwirthe hätten zu viel Steuern zu zahlen und die Beamten sollten von denselben ganz befreit werden. Ja, wer soll also Steuer zahlen, etwa das Ausland durch den Zoll? Nur Ziele will der Reichskanzler angedeutet, aber keine Versprechungen gemacht haben. In den Kreisblättern war jedoch während der letzten Wahlkampagne sehr oft zu lesen, daß der Kanzler eine Reform beabsichtige, die alle Armen von der direkten Steuer befreien soll. Ist es nicht natürlich, daß das der arme Mann für Versprechungen gehalten hat. In Preußen war es bisher nicht gebräuchlich, daß man bestehende Gesetze so heruntersetzt, wie es der Kanzler neulich gethan mit seiner Kritik der Klassensteuer. Man darf sich dann nicht wundern, wenn der arme Mann eine Steuer nicht zahlen will, die der Reichskanzler öffentlich für ungerecht erklärt hat. (Sehr richtig! links), dann muß freilich die Zahl der Exekutionen wachsen. Weil wir in Preußen 188 Millionen zur Durchführung des Verwendungsgesetzes brauchen, soll der Reichstag neue Steuern bewilligen. Für jeden Preußen muß eine solche Situation sehr peinlich sein. Sind denn die übrigen zwei Fünftel der Deutschen, die nicht Preußen sind, nicht auch ein berechtigter Faktor? Und wenn der preußische Landtag wirklich das Verwendungsgesetz angenommen und der Reichstag Nein! gesagt hätte — was dann? Eine solche Politik ist keine nationale, sie erzeugt nur einen unsäglichen Zwiespalt. Der ganze Sinn dieser Politik ist: Vermehrung der Mittel, mehr Geld, um dadurch das Einnahmebewilligungsrecht des Reichstages aus der Welt zu schaffen. Die Selbständigkeit der Finanzen des Reichs ist ein Grundsatz auch unseres Programms, aber nur unter der Voraussetzung der Entlastung der Einzelstaaten. In den Motiven des Verwendungsgesetzes ist darauf hingewiesen, daß 1 Mill. Klassensteuer-Exekutionen in einem Jahre nothwendig waren. Das beweist aber gar nichts. Wenn ich zu Hause bin, lasse ich auch die Klassensteuer aus Bequemlichkeit vom Exekutor abholen. Solche Fälle werden wohl in jener Million auch mit inbegriffen sein. Der Reichskanzler hat angeführt, daß weit über 300,000 Exekutionen auf Berlin fallen, ja was bleibt denn dann für das ganze Land? Im Jahre 1880 haben von allen Klassensteuerpflichtigen im Regierungsbezirk Bromberg 12,3 Prozent in den Städten und 1,1 Prozent auf dem Lande, im Regierungsbezirk Stettin 14,8 Prozent in den Städten, 0,5 Prozent auf dem Lande, im Regierungsbezirk Stralsund nur 0,3 Prozent in den Städten und 0,1 Prozent auf dem Lande den Exekutor kommen lassen. Ich mache mich anheischig, die Exekutionen auf ein Minimum verschwinden zu lassen durch eine einfache Verwaltungsmaßregel. Wir werden den Wählern schon klar zu machen wissen, was von den Zahlen des Reichskanzlers zu halten ist. Nur 8 bis 10 Millionen Mark würden genügen, um diese Exekutionen abzuschaffen, und da wollen Sie deshalb das Tabaksmonopol einführen. Preußen ist stark und mächtig genug, um sich selbst helfen zu können, zumal der Finanzminister selbst erklärt hat, unsere Finanzen stünden sehr günstig. Die Behauptung des Kanzlers, daß man mit 140 Thalern jährlichen Einkommens nicht leben kann, entbehrt der Begründung und darin wird mir Jeder Recht geben, der Mitglied einer Armenverwaltung ist. Mit jener Behauptung hat aber auch der Kanzler gesagt, daß sechs Millionen Zensiten nicht eingeschätzt sind. Das ist ein schwerer Vorwurf gegen die Finanzverwaltung, den ich mit aller Kraft und den schwachen Mitteln, die ich habe, zurückweisen muß. Weiter sagte der Reichskanzler, daß die Opposition, die die Regierung stürzen will, einen Bedarf an Unzufriedenheit hat und dem hat die Rechte beifällig zugestimmt. Es ist unerhört, daß eine parlamentarische Partei eine solche Aeußerung billigt. Trifft Sie (rechts) das nicht auch, wenn Sie in der Opposition sind? Es giebt Grenzen, über die man im Parlament nicht hinausgehen darf, und es heißt diese Grenzen überschreiten, wenn Sie diese Invektiven des Reichskanzlers billigen, das ist ein Mangel an Kollegialität. (Beifall links.) Durch dieses Wort hat uns der Reichskanzler vor Europa angeklagt, aber wer die Geschichte des neuen deutschen Reichs kennt, der wird sagen, daß der Reichskanzler irrt. Ich hoffe, daß er von diesem Unmuth wieder zurückkommen wird. Wir müssen solche Vorhaltungen ablehnen, denn wir sind Männer, die wissen, was sie auf sich zu halten haben. Wir haben die Verpflichtung, die Gleichberechtigung der Volksvertretung mit der Regierung zu betonen. (Beifall links.) Ueber das Verwendungsgesetz hat der Führer der Konservativen, Herr von Rauchhaupt, eine so treffende Kritik geleistet, daß ich meinen Freunden den Vorschlag gemacht habe, seine Rede in Tausenden von Exemplaren zur Entkräftung der gegen uns vom Reichskanzler erhobenen Anklagen zu verbreiten. Dieses Gesetz war unhaltbar und wurde von keiner Partei akzeptirt. Die Ueberweisungen an die Einzelstaaten und Kommunen sollen zwar nach dem Willen des Reichskanzlers dauernd sein, aber man darf nicht vergessen, daß sie immer schwankend bleiben werden. Und diese Schwankungen können der Ruin der Gemeinden werden. Es ist unrichtig, wenn der Kanzler sagt, daß der Kaiser die indirekten Steuern aus der Hand gegeben habe. Ist nicht die Stempelsteuer geblieben? Der Reichskanzler hat auch von der Wehrkraft des Reiches gesprochen. Je nothwendiger ich die volle Wehrkraft Deutschlands halte, um desto mehr bin ich überzeugt, daß mit ihr allein nichts gethan ist, sie nur ein Mittel, um unsere nationale Eigenthümlichkeit zu schützen. Worauf wir aber hauptsächlich unser Augenmerk richten müssen, das ist die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Freiheit. Und das Volk wird um so eher gegen alle absolutistischen Gelüste siegen, je fester die Liberalen zusammenhalten. (Beifall links.)

Abg. **Windthorst**: Die Vorwürfe, welche der Reichskanzler gegen die Fraktionen vorgebracht hat, sind nicht in der Art begründet. Daß wir keine geschlossene Majorität im Hause haben, liegt an besonderen Gründen, die ich heute nicht erörtern will. Mein hannoversches Herz hat sich gefreut, daß ein Hannoveraner, Herr v. Bennigsen, eine so schöne Rede gehalten hat, was die Form und die Diktion betrifft; mit dem Inhalte bin ich nicht überall einverstanden. Was seine Ausführungen in Bezug auf die Entstehungsart des Reiches betrifft, so wird er nicht erwarten, daß ich mit ihm darin übereinstimme; um den mildesten Ausdruck zu gebrauchen, war die Entstehungsart doch immerhin eine solche, daß sie nicht in allen Theilen mit dem vollen Rechte in Einklang stand. Im Reichstage sollte man nicht über die Entstehungsart des Reiches derartige Reden führen, welche in den Herzen Vieler unangenehme Empfindungen wachrufen müssen. (Zuruf links: Weshalb?) Weshalb? Weil man begreifen wird, daß der Lobhymnus auf die Entstehung des Reichs viele von uns an Erfahrungen erinnern wird, die sehr bitter waren. Man streitet sich darum, wer am meisten dazu beigetragen hat, die Gründung des Reiches herbeizuführen; die übrigen Deutschen haben doch auch Gefühle; ich bedauere es tief, daß man im Reichstage hier solche Rücksichtslosigkeiten übt. (Ruf links: Der Reichskanzler hat ja zuerst davon gesprochen.) In Gefahr wird jeder für das Reich einstehen, das wird von Niemand bestritten werden; wir werden zusammenstehen unter allen Umständen, sowohl gegen den äußeren, wie gegen den inneren Feind. Wir werden zusammenstehen, um das Gute in jeder Weise zu verwirklichen; damit sollte man zufrieden sein und nicht immer auf die Vergangenheit zurückblicken. Ich begreife es vollständig, daß Bennigsen das vertheidigt, was er zum guten Theile mitgeschaffen hat, aber daraus folgt noch nicht, daß alles, was geschaffen wurde, gut ist. Ein anderer Theil der Rede beschäftigte sich mit der Steuerreform in Preußen; darauf will ich mit Rücksicht auf unsere Kollegen in den anderen Einzelstaaten nicht eingehen. Was schließlich die Resolution betrifft, so glaube ich, daß Resolutionen vom Uebel sind; sie sind einseitige Monologe eines Faktors der Gesetzgebung; sie drücken oft nicht genau das aus, was man sagen will. Wie oft sind Resolutionen zu einer Wichtigkeit aufgebauscht worden, die sie nicht haben! So ist es auch mit der Resolution der Kommission gegangen. Allerdings hatte die Kommission in dem Antrage Ausfeld eine Veranlassung, auf diese Materie einzugehen. Aber ich bedauere, daß die Kommission ihn nicht beschränkt hat. Sie verweist auf Sparsamkeit hin. Diese Mahnung kann im Parlament nicht oft genug wiederholt werden. Aber wenn in der Resolution gesagt wird, die schon vorhandenen Mittel reichen aus, so ist das doch vom Standpunkte der Herren auf der linken Seite auffallend. Dann müssen Sie ja alle Zölle auf Lebensmittel aufrecht erhalten. Ich stelle mich auf den Boden der Beschlüsse von 1879; das habe ich in der ersten Lesung ausgeführt; dabei bleibe ich stehen. Was ich damals gesagt habe, habe ich in meiner Resolution zusammengefaßt. Ich habe gegen das Monopol gestimmt und glaube wohl daran gethan zu haben; ich kann nur den Wunsch wiederholen, daß die verbündeten Regierungen auf das Monopol verzichten möchten. Ich wiederhole dies, weil man aus meinen Ausführungen hat herauslesen wollen, daß ich den Reichskanzler eigentlich zur Wiedervorlage des Monopols auffordern muß. Es ist ja hier kaum möglich, ein Wort zu sprechen, das nicht verdreht wird. Die Resolution können wir unter keinen Umständen weglassen, weil sonst der Tabak schutzlos wäre. Es ist aber am besten, wenn sie nicht als Ausdruck einzelner Parteien erscheint, sondern eine möglichst große Mehrheit findet; dazu ist meine Resolution die geeignetste. (Beifall im Zentrum.)

Um 5 Uhr wird ein von konservativer Seite gestellter Vertagungsantrag von den drei liberalen Gruppen, die sich in der Mehrheit befinden, abgelehnt.

Abg. v. **Minnigerode** Die Herren Rickert und v. Bennigsen haben einen großen Theil der heutigen schon 6stündigen Sitzung für sich in Anspruch genommen und verlangen, daß ich jetzt in der siebenten Stunde sprechen soll. Ich danke Ihnen im Namen meiner Freunde dafür. (Ruf links: So thuts, wenn man in der Minorität ist!) Die von der Kommission vorgeschlagene Resolution ermahnt zur besonderen Sparsamkeit. Die Ausgaben des Reiches sind doch gerade unter der liberalen Mehrheit gestiegen; wir standen schließlich vor dem Defizit, das war Ihre Sparsamkeit! (nach links deutend.) Wir dagegen wollen das Reich finanziell selbständig machen durch die Beseitigung der Matrikularbeiträge, die für die süddeutschen Staaten immer noch beträchtlich sind. Gegenüber dem Abg. v. Bennigsen, der die direkten Steuern so hoch erhoben hat, muß ich bemerken, daß dieselben in England erst in den vierziger Jahren eingeführt sind. Der Gedanke, die untersten Stufen der Klassensteuer zu beseitigen, ist durchaus nichts Neues. Aber ich muß der Ansicht entgegentreten, daß ihr Wegfall schon genüge, die gewünschte Erleichterung zu bringen. Wir wünschen einen weiteren Ausbau des Systems indirekter Steuern und schlagen Ihnen darum in erster Linie eine höhere Besteuerung des Großkapitalverkehrs vor, in zweiter Linie die höhere Besteuerung des Branntweins als Genußmittel. Man wirft uns immer vor, daß wir gegen eine höhere Besteuerung des Spiritus wären, weil dadurch unsere eigensten Interessen berührt würden. Dieser Antrag soll Ihnen zeigen, daß wir einer Spiritussteuer nur insoweit widerstreben, als sie den Spiritus selbst betrifft, den wir mit Rücksicht auf die armen kartoffelbauenden Distrikte unseres Landes vor jeder Ueberlastung schützen müssen. (Beifall rechts.)

Abg. **Günther** (Sachsen): Er sei nach den Ausführungen des Abg. Richter fast zweifelhaft geworden, ob er noch **gegen** das Monopol stimmen könne. Doch habe auch diese Rede sein Votum nicht erschüttern können. Doch könne er mit seinen Freunden für die Resolution Lingens nicht stimmen. Er werde mit seinen Freunden für den Antrag v. Bennigsen stimmen.

Abg. **Richter** (Hagen): Die einfache und klare Resolution Lingens hat das Verdienst, das auszusprechen, was im Lande viele Tausende bewegt. Herr Lingens hat die Rückwärtskonzentration seiner Partei damit motivirt, daß seine Resolution mißverstanden worden sei. Was kann nicht alles mißverstanden werden? Der Reichskanzler hat die Resolution nur zu gut verstanden, und in demselben Maße wie die ihm nahestehende Presse die Resolution verstand, ist sie mißverstanden worden von denen, die sie vorgeschlagen haben. Gegen die sozial-politischen Anschauungen des Abg. v. Bennigsen muß ich mich Namens meiner Freunde auf das Entschiedenste erklären. Die Beseitigung der sozialen Unvollkommenheit und Unzufriedenheit ist eine Folge des Fortschritts der Kultur überhaupt. Man brauchte nicht erst auf die zweifelhaften und falschen Universalrezepte des Reichskanzlers zu warten, um den sozialen Mißständen abzuhelfen. Der Reichskanzler will, gestützt auf die Beschlüsse des Reichstages, das preußische Abgeordnetenhaus nach wiederholten Auflösungen zur Annahme des Verwendungsgesetzes zwingen. Durch Annahme des Antrages Lingens schneiden wir diese Möglichkeit ab, denn der Kanzler wird sich dann nicht darauf berufen können, daß der Reichstag überhaupt gesonnen sei, neue Steuern zu bewilligen. Lassen wir aber mit dem Abg. v. Bennigsen diese Frage offen, so ist der Kanzler berechtigt, zu sagen, jetzt bringe ich das Verwendungsgesetz wiederholt vor, denn ich habe Aussicht, daß der Reichstag mehr Steuern bewilligen wird. In dieser Perspektive sehe ich den Konflikt voraus, der nach der neuesten Nummer der „Prov.-Korresp." noch wahrscheinlicher geworden ist und schließlich zur Auflösung des Reichstages führen muß. Wir wollen grade, daß durch diese Resolution Ruhe geschaffen werde. Indem Sie eine klare Antwort nicht geben, sondern der Sache ausweichen, daß Sie keine neuen Steuern haben wollen, begehen Sie einen politischen Fehler, den Sie einst bedauern werden.

Abg. **Geiser** (Sozialdemokrat): In Bezug auf den Kommissions-

antrag erklären wir, daß wir für den ersten Theil desselben, der das Reichstabaksmonopol einfach ablehnt, ohne Vorbehalt und Zusatzbemerkung stimmen können. Den zweiten Theil des Kommissions-Antrags können wir jedoch nicht anders als unter ausdrücklichem Vorbehalte annehmen.

Abg. Lingens erklärt in einer persönlichen Bemerkung, daß die von der Kommission beantragte Resolution mit Unrecht ihm zugeschrieben worden, dieselbe müsse eigentlich den Namen des Herrn v. Benda führen.

Abg. v. Benda erklärt, daß er zwar den Antrag konzipirt, denselben aber dem Abgeordneten von Lingens auf dessen Wunsch abgetreten habe. (Große Heiterkeit.) Er halte diesen Antrag auch heute noch für so unverfänglich, daß er für denselben stimmen werde.

Der Antrag des Abgeordneten von Ludwig wird gegen zwei Stimmen, die des Antragstellers und des Abgeordneten Schröder-Lippstadt, abgelehnt. Ebenso wird die Resolution des Abgeordneten von Minnigerode gegen die Stimmen der Deutschkonservativen abgelehnt. Darüber, ob der zweite Theil der von der Kommission vorgeschlagenen Resolution beibehalten werden soll oder nicht, findet namentliche Abstimmung statt. Das Resultat derselben ist, daß mit 138 gegen 169 Stimmen dem Antrage von Bennigsen gemäß der zweite Theil des Kommissionsantrages abgelehnt wird. Bei der Abstimmung über den hiernach modifizirten Kommissionsantrag wird Auszählung nöthig, welche 155 Stimmen für und 150 gegen denselben ergiebt; derselbe ist danach angenommen, die übrigen Anträge werden durch denselben hinfällig. Die eingegangenen Petitionen werden durch diese Beschlußfassung für erledigt erklärt.

Der Präsident theilt hierauf mit, daß ein Schreiben des Reichskanzlers eingegangen sei, in welchem die Allerhöchste Zustimmung zu einer Vertagung des Hauses vom 19. Juni bis 23. November mitgetheilt wird; ferner ist eingegangen ein Schreiben des Bundesrathes, in welchem redaktionelle Aenderungen der Beschlüsse über die Tarifnovelle beantragt werden.

Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung auf Freitag 11 Uhr anzuberaumen und alle diejenigen Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen, deren Erledigung in der gegenwärtigen Sitzungsperiode noch möglich erscheint. Es sind dies: die redaktionellen Aenderungen der Tarifnovelle; der Antrag wegen der Vertagung des Reichstages, Interpellation Grillenberger, Wahlprüfungen, verschiedene Anträge aus dem Hause, Petitionen u. s. w.

Diese Tagesordnung und die Zeit der nächsten Sitzung werden genehmigt. Schluß 7 Uhr.

r. Stadtverordnetensitzung

am 15. Juni.

Anwesend sind die Stadtverordneten: Brodnitz, Dr. Buski, Czapski, Dr. Friedländer, Herz, B. Jaffe, Jacobi, Ad. Kantorowicz, Kirsten, Klemme, König, Kronthal, Lange, Dr. Lebinski, Lissner, Manheimer, Mützel, Orgler, Dr. Osowicki, Prausnitz, Dr. Rehfeld, Röstel, Dr. Szymanski, Türk, Ziegler, im Ganzen 25 Stadtverordnete; von Magistrats-Mitgliedern: Bürgermeister Herse, und die Stadträthe Andersch, v. Chlebowski, Grüder, S. Jaffe, Kantorowicz, Dr. Loppe, Ferd. Schmidt. Den Vorsitz führt Stadtverordneter B. Jaffe. — Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, macht der Vorsitzende einige geschäftliche Mittheilungen. Bei Gelegenheit der Etatsberathung pro 1882/83 hatte die Versammlung sich mit dem Magistrate dahin einverstanden erklärt, daß die dem Theaterfonds gehörigen Werthpapiere dem Substanzvermögen der Stadtgemeinde einverleibt werden möchten. Wie nun der Magistrat mittheilt, hat die königl. Regierung, deren Genehmigung zu dieser Einverleibung erforderlich sein würde, dieselbe abgelehnt. — Der Stadtverordnete Prausnitz und 7 andere Stadtverordnete haben zu dem in der Sitzung am 23. v. M. gefaßten Beschlusse in Betr. des Verkaufs einer Parzelle des Kämmereiplatzes an den Justizfiskus, resp. des Umtausches gegen das ehemalige Appellationsgerichtsgebäude ihr abweichendes Votum zu Protokoll gegeben.

Ueber die Bewilligung der Mittel zur Miethung von Räumlichkeiten in einem Privat-Grundstücke behufs Unterbringung der V. Stadtschule berichtet im Namen der Schulkommission Stadtverordneter Türk. Danach sind an den Magistrat in Folge öffentlicher Ausschreibung zwei Offerten von Räumlichkeiten zu dem angegebenen Zwecke eingegangen, und zwar die eine von den Gebr. Hugger, welche sich bereit erklärt haben, in dem ihnen gehörigen Wohngebäude auf der Halbdorfstraße zwei Stockwerke und im Dachgeschosse eine Wohnung für den Pedell für den Gesammtbetrag von 3500 M. jährlich zu vermiethen. Der Magistrat beantragt, die Versammlung möge sich mit Rücksicht darauf, daß in dem ehemaligen Franziskanerkloster, wo gegenwärtig die bis jetzt vorhandenen Klassen der V. Stadtschule untergebracht sind, nicht genügende Räumlichkeiten vorhanden sind und manche derselben überdies nicht genügende Helligkeit haben, damit einverstanden erklären, daß die beiden Stockwerke &c. im Hause der Gebr. Hugger vom 1. Oktober d. J. ab gemiethet werden und die dazu erforderlichen Mittel zu bewilligen. Die Schulkommission befürwortet den Magistratsantrag. — Stadtverordneter Kronthal berichtet im Namen der Finanzkommission und befürwortet, obwohl das angegebene Grundstück ziemlich weit ab von der Altstadt liege, aus der vornehmlich die Kinder in der Stadtschule V untergebracht werden sollen, und wiewohl der Zugang zu der Halbdorfstraße an der Petrikirche enge sei, trotzdem die Magistratsvorlage, regt dabei die Frage an, ob es nicht möglich sein werde, das erwähnte Gebäude nicht nur auf 2, sondern auch noch auf ein drittes Jahr zu miethen, und beantragt sodann eine Resolution, in welcher der Magistrat ersucht werden solle, wegen Neubaus eines Schulgebäudes im Mittelpunkte der Stadt die erforderlichen Schritte zu thun. — Stadtverordneter Orgler spricht gegen den Magistratsantrag und bezeichnet die Räume im ehemaligen Franziskanerkloster als geräumig und hell, was allerdings vom Stadtverordneten Türk bestritten wird. — Nachdem die Stadtverordneten Mützel, Dr. Szymanski und Brodnitz den Magistratsantrag befürwortet haben, wird derselbe von der Versammlung angenommen.

Für die Stadtschule III auf der Wallischei ist, da die Frequenz dieser Schule sehr gestiegen ist, seit dem 1. Mai d. J. außer den schon bisher im Priesterseminar gemietheten Räumlichkeiten dort noch ein neuer Raum für 12 M. monatlich gemiethet worden. Nachdem Stadtverordneter Kronthal hierüber berichtet hat, bewilligt die Versammlung die erforderlichen Mittel zur Miethung dieses Raumes bis zum 1. April 1883.

Für das Feuerlöschwesen sind i. J. 1881/82: 18,431 M., d. h. 1775 M. mehr als im Etat ausgesetzt waren, verausgabt worden. Nachdem Stadtverordneter Manheimer hierüber berichtet hat, wird die Mehrausgabe aus Tit. XIII., 2 des Etats von der Versammlung bewilligt.

Die Ausgaben für die Mehrversicherung der Theaterdekorationen pro 1881/82 waren in der Sitzung am 4. Mai d. J. bewilligt worden, dagegen noch nicht die Ausgaben für die Mehrversicherung pro 1880/81 in Höhe von 590 M., indem die Finanzkommission noch Auskunft über diesen Betrag wünschte. Nachdem diese Auskunft nun vom Magistrate ertheilt worden ist, befürwortet die Kommission, in deren Namen Stadtverordneter Kronthal berichtet, die Bewilligung jenes Betrages, welcher von der Versammlung auch gewährt wird.

Die Versicherung des städtischen Branddirektors und dessen Stellvertreters gegen Todes- und Invaliditätsfälle bei Ausübung ihres Amtes war von der Versammlung in der vorigen Sitzung abgelehnt worden. Der Magistrat schlägt nun, um zu einer Einigung zu gelangen, den Weg der gemischten Kommission vor, womit sich die Versammlung auch einverstanden erklärt. In die Kommission werden Seitens der Versammlung gewählt die Stadtverordneten Mützel, Czapski, Lebinski.

Dem Schlossermeister St., welcher sich an der Submission für einen eisernen Gitterzaun betheiligt, diesen aber später, als es in den Submissionsbedingungen vorgeschrieben war, geliefert hatte, wären deswegen 10 M. Konventionalstrafe abzuziehen; doch beantragt der Magistrat selbst die Niederschlagung dieser Strafe, womit sich die Versammlung, nachdem Stadtverordneter Mützel hierüber berichtet hat, auch einverstanden erklärt.

Ueber die Bewilligung eines Ehrenpreises für das diesjährige Wettrennen bei Posen berichtet Stadtverordneter Röstel. Nachdem in einer früheren Sitzung das Gesuch des hiesigen Herrenreitervereins um Bewilligung eines Ehrenpreises in Höhe von 300 M. abgelehnt worden war, hat der Verein nunmehr an den Magistrat das Ansuchen gerichtet, ihm die Pacht für die Bociankawiesen, auf welchen das Wettrennen stattfindet, zu erlassen. Da jedoch diese Pacht bereits mit 925 M. in den Etat pro 1882/83 eingetragen ist, so hat der Magistrat das Gesuch des Vereins abgelehnt, beantragt dagegen bei der Versammlung die Bewilligung eines Ehrenpreises von 450 M. für das im Juli d. J. von dem Verein auf den Bociankawiesen zu veranstaltende Wettrennen. Stadtverordneter Röstel befürwortet den Magistrats-Antrag und macht für denselben vornämlich Folgendes geltend: Es sei eine Ehrensache für die Provinzial-Hauptstadt, ebenso wie dies auch anderwärts üblich ist, für das Wettrennen einen Ehrenpreis zu bewilligen; es sei die Bewilligung dieses Preises aber auch vom finanziellen Gesichtspunkte zu empfehlen, da der Herrenreiterverein, falls die Bewilligung nicht erfolge, seine Wettrennen künftig vielleicht nach Bromberg, Lissa &c., welche den Verein gern aufnehmen würden, verlegen und demnach die Pacht der Bociankawiesen aufgeben werde; da aber früher die Verpachtung dieser Wiesen durchschnittlich 150 M. weniger als der Herrenreiterverein zahlt, der Stadtgemeinde eingetragen habe, so werde dadurch ein Ausfall von Pacht in dieser Höhe herbeigeführt werden; auch sei in Betracht zu ziehen, daß durch den Herrenreiterverein die Wiese planirt und berast worden sei und andauernd in gutem Zustande erhalten werde. Endlich sei zu erwägen, daß durch das Wettrennen des Herrenreitervereins viele Fremde in unsere Stadt gezogen und dadurch der geschäftliche Verkehr belebt werde. In den Jahren 1839—61 habe die Stadt Posen für die Wettrennen stets einen Ehrenpreis bewilligt. — Bei der Abstimmung wird von der Versammlung der Magistratsantrag mit 15 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Das an der Ecke der Bäcker- und Gartenstraße gelegene Grundstück, Bäckerstraße 13, ist von dem Zimmermeister Mögelin erworben worden, welcher dort einen Neubau aufführen will; das Grundstück ist derartig beschaffen, daß in die Bäckerstraße ein kleiner Vorgarten, in die Gartenstraße das Risalit eines Gebäudes hineinragt. Magistrat wünscht nun gemäß dem den Stadtgemeinden zustehenden Rechte die Festsetzung der Baufluchtlinie und Straßenfluchtlinie für dieses Grundstück und beantragt, die Versammlung möge der vom Magistrat projektirten Straßenfluchtlinie und Baufluchtlinie zustimmen und diese nach dem vom Magistrate entworfenen Plane feststellen. Zu bemerken ist, daß der Besitzer des Grundstückes pro Quadratmeter des an die Stadtgemeinde abzutretenden Theiles des Grundstückes 75 M. beansprucht, und daß der Stadtgemeinde auf deren Antrag gesetzlich das Expropriationsrecht zusteht. Nachdem Stadtverordneter Klemme über die Angelegenheit berichtet hat, betheiligen sich an der Diskussion die Stadtverordneten Jakobi, Prausnitz, Kantorowicz, Kirsten und Stadtbaurath Grüder. Wie Letzterer mittheilt, steht in der Bäckerstraße die Bau- und Straßen-Fluchtlinie bereits fest, aber noch nicht in der Gartenstraße. Nach Ablehnung eines Vertagungsantrages wird der Magistratsantrag angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl des ersten Bürgermeisters der Stadt Posen. Wie der Vorsitzende mittheilt, hat die königl. Regierung die in der vorigen Sitzung erfolgte Feststellung des Gehaltes und die vorbehaltliche Gewährung einer persönlichen Zulage genehmigt. Nach Verlesung der gesetzlichen Bestimmungen über das Wahlverfahren wird zur Wahl geschritten. Von den 25 abgegebenen Stimmzetteln enthalten 20 den Namen des bisherigen Oberbürgermeisters Kohleis, 5 Zettel sind unbeschrieben. Es ist somit Oberbürgermeister Kohleis auf die Zeit von April 1883 bis April 1895 zum ersten Bürgermeister der Stadt Posen wiedergewählt. Demselben wird nach erfolgter Wiederwahl die bisherige persönliche Zulage bewilligt.

Im städtischen Hospital-Grundstücke soll nach der Magistratsvorlage eine unverbrennliche Treppe angelegt werden. Wie Stadtverordneter Dr. Lebinski, welcher hierüber berichtet, mittheilt, sind Bau- und Finanzkommission im Prinzipe mit dieser Anlage einverstanden, beantragen jedoch, die Angelegenheit nochmals an den Magistrat mit dem Ersuchen zurückgeben zu lassen, die Treppe mit einem Podest versehen, die Stufen aus Ziegelsteinen, nicht aus Granit ausführen zu lassen, und die Arbeit in Submission zu vergeben. Dieser Antrag wird angenommen.

Zum Schiedsmann für den VIII. Bezirk wird Kaufmann Th. Gerhardt wiedergewählt.

Das hiesige Komite für die Ferienkolonien hat, wie Stadtverordneter Mützel berichtet, an die Luisenstiftung ein Gesuch um Bewilligung von Mitteln zum Zwecke der Bekleidung armer Kinder, welche in die Kolonien geschickt werden sollen, gerichtet, und das Kuratorium der Stiftung hat sich bereit erklärt, vorbehaltlich der Genehmigung der städtischen Behörden zu dem angegebenen Zwecke 150 Mark zu bewilligen. Nachdem bereits der Magistrat seine Zustimmung ertheilt hat, erklärt sich auch die Versammlung mit der Bewilligung des obigen Betrages einverstanden.

Ueber die Kündigung von zwei Wohnungen in dem städtischen Grundstücke Wronkerplatz 1 und Vermiethung derselben an Mannschaften der Feuerwehr, resp. Kutscher des Marstalls berichtet im Namen der Finanzkommission Stadtverordneter Kirsten. Danach soll außer den beiden Wohnungen auch die zu der einen Wohnung gehörige Remise, welche bisher zur Unterbringung von Fleischbänken für den auf dem angrenzenden Wronkerplatze stattfindenden Wochenmarkt diente, gekündigt werden, da sich aus dem durch jenes Verhältniß bedingten Verkehr auf dem Hofe des Grundstücks mancherlei Unzuträglichkeiten, vornämlich für die Uebungen der Feuerwehr, ergeben. Die Finanzkommission befürwortet wegen des erheblichen Ausfalles an Miethe, der sich bei Annahme des Magistratsantrages ergeben würde, nur die beiden Wohnungen, dagegen nicht die Remise zu kündigen. — Nach längerer Debatte, an welcher sich die Stadtverordneten Lange, Brodnitz, Czapski und Stadtrath Andersch betheiligen, erklärt sich die Versammlung mit dem Magistratsantrage dahin einverstanden, daß die beiden Wohnungen nebst Remise zum 1. Oktober d. J. gekündigt werden.

Vier Badereise-Unterstützungen für städtische Lehrer, sowie eine Unterstützung für einen städtischen Bureau-Diätar werden in Gesammthöhe von 950 Mark bewilligt.

Die Kosten für die in Folge der Anlegung des neuen Thors erforderlich gewordene Translokation von 9 Leichen des Kirchhofs der St. Pauli Kirchengemeinde werden gemäß dem Magistratsantrage, über welchen Stadtverordneter Jakobi berichtet, in Höhe von 54 M. bewilligt.

Nach der Magistratsvorlage sind zur Erweiterung des Feuerwehrtelegraphen, sowie zu Neuanschaffungen von Feuerlösch-Geräthen 9826 M. erforderlich. Nachdem Stadtverordneter Jakobi hierüber berichtet hat, wird die Angelegenheit der Finanzkommission überwiesen.

Damit erreicht die öffentliche Sitzung, welche 4½ Uhr Nachmittags begonnen hat, 6¾ Uhr Abends ihr Ende; an dieselbe schließt sich noch eine kurze geheime Sitzung.

Wollmarkt.

Neu-Brandenburg, 15. Juni. Die Zufuhr beträgt 4500 Ztr. Die Wäschen sind gut. Das Geschäft entwickelt sich lebhaft bei einem Aufschlage von 10—15 M. gegen die Preise des Vorjahres. Für Mittelwäschen werden 158—170 M., für Kunstwäschen 170—178 M. gezahlt.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 15. Juni. Die zweite Strafkammer des Landgerichts hat heute den Abgeordneten Bebel wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung des Bundesraths zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Paris, 15. Juni. Die Interpellation der Deputirtenkammer über die egyptischen Angelegenheiten ist dem Vernehmen nach bis zur nächsten Woche verschoben worden.

Belgrad, 15. Juni. Gegenüber dem Beschlusse des Ministeriums, seine Demission zu nehmen, hat der König dem Ministerrath erklärt, er wolle die Demission nicht acceptiren.

Alexandrien, 15. Juni. Der griechische Generalkonsul hat angekündigt, daß alsbald zwei griechische Kriegsschiffe hierselbst eintreffen würden, um diejenigen griechischen Staatsangehörigen, welche Egypten verlassen wollen, einzuschiffen. Auch von dem französischen Generalkonsul Sienkiewicz ist die Ankunft eines französischen Transportschiffes zu dem gleichen Zwecke angekündigt worden.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
15. Nachm. 2	742,7	SW lebhaft	halbheiter ¹)	+16,9
15. Abnds. 10	742,8	SW stark	bedeckt	+10,4
16. Morgs. 6	743,8	SW lebhaft	bedeckt	+10,0

¹) Regenhöhe: 4,3 mm.
Am 15. Wärme-Maximum +18°3 Cels.
" " Wärme-Minimum + 8°0 "

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 15. Juni Morgens 0,48 Meter.
" " 15. " Mittags 0,48 "
" " 16. " Morgens 0,48 "

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 14. Juni. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 277½, Franzosen 280¾, Lombarden 124½, Galizier —, österreich. Goldrente —, ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe 56, österr. Silberrente —, Egypter —, III. Orientanl. 57, 1860er Russen 69$\frac{9}{16}$, Wiener Bankverein —, 1860er Loose 122½, Diskonto-Kommandit Fest auf London.

Wien, 15. Juni. Ungarische Kreditaktien 316,75, österreichische Kreditaktien 323,60, Franzosen 328,00, Lombarden 144,25, Galizier 316,25, Anglo-Austr. —, österr. Papierrente 76,57½, do. Goldrente —,—, Marknoten 58,75, Napoleons 9,57, Bankverein 115,90, Elbthal —,—, ungar. Papierrente 86,25, 4prozent. ungar. Goldrente 88,27½, 6prozentige ungarische Goldrente —,—, Nordwestbahn —,—. Schwächer.

Paris, 14. Juni. Boulevard-Verkehr. 3prozent. Rente 83,00, Anleihe von 1872 115,42½, Italiener 90,50, österr. Goldrente —,—, Türken 12,55, Türkenloose 56,75, Spanier inter. —,—, do. exter. 28$\frac{11}{16}$, ungar. Goldrente —,—, Egypter 333,00 3proc. Rente —,—, 1877er Russen —,—, Franzosen —,—. Lombarden —,—. Steigend.

Petersburg, 15. Juni. Wechsel auf London 24$\frac{11}{32}$, II. Orient-Anleihe 89⅛. III. Orientanleihe 89¼.

Newyork, 14. Juni. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 95¼. Wechsel auf London 4,86¼. Cable Transfers 4,89½, Wechsel auf Paris 5,15⅝, 3½proz. fundirte Anleihe 101¼, 4prozentige fundirte Anleihe von 1877 120⅜, Erie-Bahn 36, Zentral-Pacific 117, Newyork Zentralbahn 130½, Chicago-Eisenbahn 142¼ exkl.

Geld leicht, für Regierungssicherheiten 2, für andere Sicherheiten ebenfalls 2 Prozent.

Produkten-Kurse.

Hamburg, 15. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen loco ruhig, auf Termine fest. Roggen loco fester, auf Termine fest. Weizen per Juli-Aug. 202,00 Br., 201,00 Gd., per Sept.-Okt. 199,00 Br., 198,00 Gd. Roggen per Juli-Aug. 137,00 Br., 136,00 Gd., per Sept.-Okt. 136,00 Br., 135,00 Gd. Hafer flau. Gerste matt. Rüböl still, loco 59,00, per Oktober 58,50. Spiritus fest, per Juni 36½ Br. per Juli-Aug. 37¼ Br., per Aug.-Sept. 38 Br., per Sept.-Okt. 38¼ Br. — Kaffee matt, Umsatz 2000 Sack. — Petroleum fester, Standard white loco 7,00 Br., 6,90 Gd., per Juni 6,90 Gd., per August-Dezember 7,45 Gd. — Wetter: Regen.

Wien, 15. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen pr. Juni-Juli 12,25 Gd., 12,35 Br., per Herbst 11,10 G., 11,12 Br. Hafer pr. Juni-Juli 8,30 Gd., 8,35 Br. Mais pr. Juni-Juli 8,02 Gd., 8,07 Br.

London, 15. Juni. Die Getreidezufuhren betrugen in der Woche vom 3. Juni bis 9. Juni: Englischer Weizen 1822, fremder 50,619, engl. Gerste 827, fremde 13,807, engl. Malzgerste 18,298, fremde —, engl. Hafer 392, fremder 72,782 Qrts. Englisches Mehl 13,533, fremdes 29,310 Sack und 10 Faß.

London, 15. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letzten Montag: Weizen 23,000, Gerste 18,620, Hafer 23,200 Qrts.

Sämmtliche Getreidearten ruhig, unverändert. Angekommene Weizenladungen eher stetiger.

London, 15. Juni. An der Küste angeboten 6 Weizenladungen. — Wetter: Regnerisch.

Liverpool, 15. Juni. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 5000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 15. Juni. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Unverändert. Middl. amerikanische Juni-Juli-Lieferung —, Juli-August-Lieferung 6$\frac{11}{16}$, August-September-Lieferung 6$\frac{47}{64}$, September-Oktober-Lieferung 6$\frac{43}{64}$, Oktober-November-Lieferung 6$\frac{29}{64}$ d.

Amsterdam, 15 Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine unverändert, pr. November 279. Roggen loco höher, auf Termine unver., pr. Juni —, per Oktober 169. Rüböl loko 33½, per Herbst 32¾. Raps per Herbst — Fl.

Newyork, 14. Juni. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 12$\frac{3}{16}$, do. in New-Orleans 12⅛, Petroleum in Newyork 7⅞ Gd., do. in Philadelphia 7¼ Gd., rohes Petroleum 6¼, do. Pipe line Certificates — D. 53 C. Mehl 4 D. 99 C. Rother Winterweizen loko 1 D. 48⅞ C. do. per Juni 1 D. 44½ C., do pr. Juli 1 D. 29 C., do. pr. August 1 D. 20½ C. Mais (old mixed) 77½ C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7½. Kaffee (Rio-) 9¼. Schmalz Marke (Wilcox) 11$\frac{15}{16}$, do. Fairbanks 12½, do. Rohe u. Brothers 11⅞. Speck (short clear) 12⅜. Getreidefracht 3.

Produkten-Börse.

Berlin, 15. Juni. Wind: NW. Wetter: Veränderlich.

Die unbeständige, immer noch kühle und mit Niederschlägen behaftete Witterung hat den heutigen Verkehr günstig beeinflußt, indeß war der Handel in keinem Artikel lebhaft.

Loko-Weizen mehr beachtet. Im Terminverkehr herrschte recht feste Stimmung. Die umfangreiche Kündigung veranlaßte zwar mannigfache Realisationen, aber diese fanden in Deckung entgegenkommende Aufnahme zu anziehenden Coursen, wodurch auch die späteren Sichten profitirten, da man diese vielfach im Tausch gegen die auf laufende Sicht realisirte Waare ankaufte. Der Schluß blieb recht fest, namentlich für Herbst.

Loko-Roggen bei schwachem Angebot gut gefragt, brachte höhere Preise. Auf Termine übte anscheinend die unfreundliche veränderliche Witterung günstigen Eindruck, indem die Platzspekulation begehrend in den Markt trat, in dessen zweiter Hälfte erst genügendes Angebot hervortrat. Trotzdem blieb der Schluß mit Behauptung der etwa um 1½ M. gebesserten Course fest.

Loko-Hafer nur in feiner Waare beachtet. Termine matt mit festem Schlusse.

Roggenmehl theurer.

Mais still.

Rüböl in naher Lieferung knapp, mußte besser bezahlt werden, während Herbst, in Gegensatz dazu, vernachläßigt und billiger zu haben war.

Petroleum fest.

Spiritus in effektiver Waare gut verkäuflich und fest. Termine erfreuten sich ziemlich reger Nachfrage und durchgängiger Besserung, schlossen fest. Bei flotterem Angebot wäre es auch wohl zu lebhaften Umsätzen gekommen.

Weizen per 1000 Kilo loko 198—228 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmeld. — bezahlt, defekter Polnischer — M. ab Bahn bez., per Juni 205—206½ M. bezahlt, per Juni-Juli 205—206½ bez., per Juli-August 202½—203 Mark bezahlt, per August-September — M. bez., per September-Oktober 200—201 Mark bezahlt, Oktober-November 200—200½ Mark bezahlt. — Gekündigt 90,000 Zentner. — Regulirungspreis 205½ Mk. — Roggen per 1000 Kilo loko 142 bis 156 M. nach Qualität gefordert, inländischer 149—153 M. ab Bahn bezahlt, feiner do. — Mark ab Bahn bezahlt, def. polnischer — Mark ab Bahn bezahlt, def. russischer — Mark ab B. bezahlt, russischer polnischer 143—145 M. ab Bahn bezahlt, per Juni 145 bis 146½ Mark bezahlt, per Juni-Juli 144¾—146 Mark bezahlt, per Juli-August 143½—144½ Mark bezahlt, per August-September —,— Mark bezahlt, per September-Oktober 143¾—144¾ Mark bezahlt, per Oktober-November 143½ — 144½ Mark bezahlt. — Gekündigt 1000 Zentner. Regulirungspreis 145½ Mark. — Gerste per 1000 Kilogramm loko 120—190 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 125 bis 167 Mark nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 126 bis 143 M. bezahlt, ost- und westpreußischer 135 bis 144 M. bezahlt, pommerscher und Uckermärker 129 bis 143 Mark bezahlt, schlesischer 143 bis 147 Mark bezahlt, f. do. 152—157 M. bezahlt, böhmischer 143—147 bezahlt, f. do. 152—157 M. bezahlt, fein weiß mecklenburgischer — Mark ab Bahn bezahltt, per Juni 134 Mark bezahl, per Juni-Juli 134 Mark bezahlt, per Juli-August 133 Mark bezahlt, per August-September — Mark bezahlt, per September-Oktober 133 Mark bezahlt. — Gekündigt 1000 Zentner. — Regulirungspreis 134½ Mark. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 155 bis 190 M., Futterwaare 133—153 Mark. — Mais per 1000 Kilo loko 148—158 Mark nach Qualität gefordert, per Juni 147 bez., per Juni-Juli 145 B., per September-Oktober 139½ Mark. — Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis —,— Mark. — Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 00: 30,05 bis 29,00 Mark, 0: 28,50 bis 27,50 M., 0/1: 27,50 bis 26,50 Mark. — Roggenmehl inkl. Sack 0: 22,00 bis 21,00 Mark, 0/1: 20,50—19,50 Mark, per Juni 20,50—20,60 M. bezahlt, per Juni-Juli 20,35—20,45 bez., per Juli-August 20,20—20,35 bezahlt, per August-September — bezahlt, per September-Oktober 20,10—20,20 bez., per Oktober-November 19,90—20,05 Mark bez. — Gekündigt — Ztr. Regulirungspreis — Mark. — Oelsaat per 1000 Kilo — M., Winterraps — M., Winterrübsen — M. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Faß: 57,0 Mark, loko mit Faß 58,0 Mark, per Juni 57,5 Mark bezahlt, per Juni-Juli — M. bez., per Juli-August — Mark bezahlt, per September-Oktober 56,1—56,2 Mark bezahlt, per Oktober-November 56,0 M. bezahlt, per November-Dezember 55,9 Mark bezahlt. Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis — Mark. — Leinöl per 100 Kilo loko — Mark. — Petroleum per 100 Kilo loko 23,5 M., per Juni 23,0 Mark, per Juni-Juli — Mark, per September-Oktober 23,0 M., per Oktober-November 23,4 Mark, per November-Dezember — bezahlt. — Gekündigt — Zentner. — Regulirungspreis — M. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Faß 45,4 bezahlt, mit Faß — M. bezahlt, per Juni 45,8—46,0 Mark bezahlt, per Juni-Juli 45,8—46,0 Mark bezahlt, per Juli-August 46,2—46,5 Mark bezahlt, per August-September 47,0 bis 47,3 Mark bezahlt, per September-Oktober 47,7—47,5—47,8 Mark bez., per Oktober-November 47,2—47,4 M. bez., per November-Dezember 47,0—47,2 M. bez. — Gekündigt 10,000 Liter. — Regulirungspreis 45,9 M. (B. B.-Z.)

Berlin, 15. Juni. Wie an den vorangegangenen Tagen schied sich heut wiederum in Bezug auf die Haltung der lokale Markt von dem internationalen Geschäft. Die Politik fährt fort, maßgebenden Einfluß auf die Börsenverhältnisse auszuüben und hat namentlich an den westlichen Börsenplätzen eine hochgradige Flauheit in der Tendenz hervorgebracht, derselben muß die hiesige Spekulation in Rücksicht auf die internationalen Werthe Rechnung tragen, sie bewahrt aber trotzdem immer noch eine verhältnißmäßig ruhige und unerschrockene Stimmung. Man hält nach wie vor an der Ueberzeugung fest, daß die Verhältnisse Egyptens, so arg verwickelt sie zur Zeit auch erscheinen mögen, keine ernstlichen Gefahren für den europäischen Frieden im Gefolge haben werden. Von gewisser Seite bemüht man sich indeß aber auch ungünstige Meldungen aus Egypten in Umlauf zu setzen, und es ist daher in dieser Beziehung große Vorsicht durchaus geboten. Es sind in der letzten Zeit starke Blanko-Abgaben gemacht worden und ein plötzliches Steigen des allgemeinen Kursstandes mußte der Kontremine, die meist aus der Reihe der kleineren Spekulanten rekrutirt, zum mindesten sehr ungelegen kommen. Am lokalen Markte war aber heute die Stimmung ebenfalls nicht unzweifelhaft fest. Geld zeigt sich am Markte weniger flüssig, der Diskontsatz im offenen Verkehr stieg bereits auf 3½ Prozent und es fangen die Diskonteure an, diese neue Wendung der Dinge, die gegen den Ultimo hin wohl noch eine weitere Verschärfung erfahren könnte, für sich auszunutzen. Aus diesem Grunde wurden auch vielfach schon von den gegen baar gehandelten Werthen Beträge zum Verkauf gestellt, die natürlich einen Druck auf Stimmung und Kursbewegung ausüben mußten. Die Umsätze blieben im allgemeinen beschränkt und kamen die Kurse meist etwas niedriger zur Notiz. Nur Marienburger wurden sehr lebhaft zu steigender Notiz gehandelt. Festverzinsliche Effekten blieben fast ganz vernachlässigt. — Per ultimo notiren: Franzosen 563,50—560,50—561, Lombarden 248—244—246, Kredit-Aktien 554,50—551,50—554,50, Wiener Bank-Verein 198 Geld, Darmstädter Bank 160—159,50—159,75, Diskonto-Kommandit-Antheile 206,25—205,60—206,40, Deutsche Bank 151,90—151,75—152, Dortmunder Union 93,90—93,60—93,75, Laurahütte 120—120,40—120,10. — Schluß fest.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 15. Juni 1882.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Preuß. Kons. Anl.	4½	104,40 bz
do. neue 1876	4	101,70 bz
Staats-Anleihe	4	100,60 bz
Staats-Schuldsch.	3½	99,00 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	
Berl. Stadt-Obl.	4½	102,50 G
do. do.	3½	96,00 G
Schldv. d. B. Kfm.	4½	102,00 G
Pfandbriefe:		
Berliner	5	109,30 G
do.	4½	104,10 G
Landsch. Central	4	101,30 G
Kur- u. Neumärk.	3½	95,25 bz
do. neue	3½	92,00 B
do.	4	101,80 G
do. neue	4½	
N. Brandbg. Kred.	4	
Ostpreußische	3½	91,80 bz
do.	4	100,75 G
do.	4	
Westpr. rittersch.	3½	92,50 G
do.	4	101,40 G
do. I. B.	4	100,90 bz
do. II. Serie	4½	102,30 bz
Neuldsch. II. Serie	4	101,00 B
do. do.	4½	102 00 G
Posensche, neue	4	100,60 bzG
Sächsische	4	
Pommersche	3½	91,50 bz
do.	4	100,70 bz
do.	4½	102,50 bz
Schlesische altl.	3½	
do. alte A.	4	
do. neue I.	4	
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	100,70 G
Pommersche	4	100,70 G
Posensche	4	100,70 G
Preußische	4	100,70 bz
Rhein- u. Westfäl.	4	100,70 G
Sächsische	4	100,80 G
Schlesische	4	100,80 bz
20-Frankstücke		16,26 G
do. 500 Gr.		
Dollars		
Imperials		16,69 G
do. 500 Gr.		1394,50 bz
Engl. Banknoten		20,44 G
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		81,20 bz
Oesterr. Banknot.		170,60 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl		205,95 bz

Deutsche Fonds.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	102,00 B
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	144.10 bz
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	304,25 bz
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	133,25 B
do. 35 fl. Oblig.	—	216,25 bz
Bair. Präm.-Anl.	4	134,30 bz
Braunsch. 20 thl.-L.	—	100,20 B
Brem. Anl. v. 1874	4	101,30 G
Cöln-Md-Pr.-Anl.	3½	128,00 bzB
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	126,00 G
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	118,10 G
do. II Abth.	5	116,50 bz
Hamb 50-Thlr.-L.	3	187,00 B
Lübecker Pr.-Anl.	3½	182,00 B
Meckl. Eisenbhanl.	3½	94,80 bz
Meininger Loose	—	27,60 bz
do. Pr.-Pfdbr.	4	118,00 B
Oldenburger Loose	3	148,75 bz
D.-G.-C.-B.-Pf. 110	5	108,60 bz
do. do.	4	96,30 bzG
Dtsch. Hypoth. unk.	5	104,50 bzG
do. do.	4½	102,30 bzG
Mein. Hyp.-Pf.	4½	101,75 G
Nrdd. Grdkr.-H.-A.	5	100,20 bz
Pomm. Hyp.-Pfdbr.		
Pomm. H.-B. I. 120	5	105,20 bzG
do. II. IV. 110	5	103,00 B
Pomm. III. rkz. 100	5	99,90 G
Pr. C.-B.-H.-Br. rz.	5	
do. do. 110	5	114,20 G
do. do. 110	4½	108,75 B
Pr. C.-B.-Pfdbr. 100	5	104.80 bzB
do. do. rückz. 100	4½	103,50 G
do (1872 u. 74)	4	99,60 bz
do. (1872 u. 78)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	103,50 bzG
do. II. rckz. 100	5	100,80 bzG
Schles. Bod.-Cred.	5	102,20 bz
do. do.	4½	106,50 G
Stettiner Nat.-Hyp.	5	100,90 bzG
do. do.	4½	102,75 bzG
Kruppsche Obligat.	5	110,70 bz

Ausländische Fonds.

Amerik. gek. 1881	6	
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	128,80 G
Oesterr. Goldrente	4	80,60 bz
do. Pap.-Rente	4½	65,00 G
do. Silber-Rente	4½	65,60 bzB
do. 250 fl. 1854	4	
do. Cr. 100 fl. 1858	—	533,25 bzG
do. Lott.-A. v. 1860	5	
do. do. v. 1864	—	326,00 B
Ungar. Goldrente	6	101,75 bzB
do. St.-Eisb.-Akt.	5	95,50 B
do. Loose	—	228,00 B
Italienische Rente	5	89,70 bzB
do. Tab.-Oblg.	6	
Rumänier	8	
Finnische Loose	—	49,50 G
Russ. Centr.-Bod.	5	71,00 bzG
do. Boden-Credit	5	80,75 bz
do Engl. A. 1822	5	82,25 G
do. do. A. v. 1862	5	83,20 bz
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. cons. A. 1871	5	83,40 bz
do. do. 1872	5	83,40 bz
do. do. 1875	4½	74,50 bz
do. do. 1877	5	87,20 bzG
do. do. 1880	4	69,90 bz
do. Pr.-A. v. 1864	5	138,40 G
do. do. v. 1866	5	134,60 G
do. 5. A. Stiegl.	5	
do. 6. do. do.	5	79,50 bzB
do. Pol. Sch.-Obl.	4	79,50 bz
do. do. kleine	4	
Poln. Pfandbr.	5	63,50 bz
do. do.	5	
do. Liquidat.	4	55,40 bzB
Türk. Anl. v. 1865	—	12,80 bzB
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	

***) Wechsel-Course**

Amsterd. 100 fl. 8 T.	169,05 bz
do. 100 fl. 2 M.	168,00 bz
London 1 Lstr. 8 T.	20.44.5 bz
do. do. 3 M.	20,30 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	81,25 bzB
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	170,15 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	169,15 bz
Petersb. 100 R. 8 T	205,00 bz
do. 100 R. 3 M.	203,50 bz
Warschau 100 R. 3 T.	205,40 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 4. Bremen —, Brüssel 4, Frankfurt a. M. 4½, Hamburg —, Leipzig —, London 3, Paris 3½. Petersburg 6. Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	116,10 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf	4	39,25 bz
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	
Berl. Handels-Ges.	4	111,00 bzG
do. Kassen-Verein.	4	201,00 G
Breslauer Disk.-Bk.	4	90,50 bzG
Centralbk. f. B.	4	
Centralbk. f. J. u. H.		
Coburger Credit-B.	4	85,50 G
Cöln. Wechslerbank	4	96,90 bz
Danziger Privatb.	4	109,50 G
Darmstädter Bank	4	159,50 bzG
do. Zettelbank	4	109,00 B
Dessauer Creditb.	4	100,00 B
do. Landesbank	4	119,00 G
Deutsche Bank	4	152,50 bzB
do. Genossensch.	4	128,50 B
do. Hyp.-Bank.	4	90 00 bzB
do. Reichsbank.	4½	149,50 B
Disconto-Comm.	4	206,10 bz
Geraer Bank	4	96 75 bzG
do. Handelsb.	4	90,90 B
Gothaer Privatbk.	4	117,90 bzB
do. Grundkredb.	4	86,75 B
Hypothek (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	94,00 G
Leipziger Creditb.	4	159,25 G
do. Discontob.	4	112,50 B
Magdeb. Privatb.	4	116,10 bz
Meckl. Bodencred.	4	
do. Hypoth.-B.	fr.	94,00 G
Meining. Creditbk.	4	94.25 bzG
do. Hypothekenbk.	4	91,76 bz
Niederlausitzer Bank	4	94,00 G
Norddeutsche Bank	4	168,00 G
Nordd. Grundkredit	4	51,40 bzG
Oesterr. Kredit	4	
Petersb. Intern. Bk.	4	91,00 bz
Posen. Landwirthsch	4	78,75 B
Posener Prov.-Bank		122,00 B
Posener Spritaktien	4	62,00 bzB
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	110,00 G
do. Centralbdn.	4	124.10 bzB
do. Hyp.-Spielh.	4	81,00 bzG
Produkt.-Handelsbk	4	75 00 G
Sächsische Bank	4	122 50 G
Schaaffhaus. Bankv.	4	85,70 bzG
Schles. Bankverein	4	108 10 G
Südd. Bodenkredit	4	134,75 B

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	220,00 G
Dannenb. Kattun.	4	
Deutsche Baugesl.	4	57,40 G
Dtsch. Eisenb.-Bau	4	
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	62,70 bz
Dortmunder Union	4	12,50 B
Egells Masch.-Akt.	4	3.00 bzG
Erdmannsd. Spinn.	4	29,90 bz
Floraf. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	94,50 bzG
Gelsenkirch.-Bergw.	4	128,90 bzG
Georg-Marienhütte	4	
Hibernia u. Shamr.	4	90,00 bzG
Immobilien (Berl.)	4	83,00 G
Kramsta, Leinen-F.	4	100,00 B
Lauchhammer	4	26,50 G
Laurahütte	4	120,00 bzB
Luise Tiefb.-Bergw.	4	34,00 bzG
Magdeburg. Bergw.	4	118,00 G
Marienhüt. Bergw.	4	43,50 B
Menden u. Schw. B.	4	60,50 bzG
Oberschl. Eis.-Bed.		57,75 bzG
Oelheim. Petrol.-A.	4	85,00 bzG
Phönix B.-A. Lit. A	4	83,50 bzG
Phönix B.-A. Lit. B.	4	
Redenhütte conf.	4	96,25 B
Rhein.-Nass. Bergw.	4	69,25 bzB
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	20,75 B
Unter den Linden	4	11,00 G
Wöhlert Maschinen	4	5,60 G

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	53,90 bzG
Altona-Kiel	4	210,00 bzG
Bergisch-Märkische	4	125.60 bz
Berlin-Anhalt	4	151,70 bzG
Berlin-Dresden	4	17,00 bz
Berlin-Görlitz	4	35,80 bzG
Berlin-Hamburg	4	358,00 bzB
Bresl.-Schw.-Frbg	4	106,00 bz
Hall.-Sorau-Guben	4	19,25 bzG
Märkisch-Posener	4	37,30 G
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Nordhausen-Erfurt	4	28 90 bz
Oberschl. Lit. A. u. C.	3½	246 10 bz
do. Lit. B.	3½	182 10 bzG
Ostpreuß. Südbahn	4	87,90 bz
Rechte Oderuferb.	4	179 50 bz
Rhein-Nahebahn	4	18,50 G
Stargard-Posen	4½	102 90 G
Thüringische	4	
do. Lit. B. v. St. gar	4	101,90 bz
do. Lit. C. v. St. gar	4½	116,00 bzG
Ludwigsh.-Berbach	4	204 90 B
Mainz-Ludwigsh.	4	104 60 bz
Weimar-Geraer	4½	50,90 bz
Albrechtsbahn	5	34 80 bzG
Amsterd.-Rotterd.	4	143 60 bz
Aussig-Teplitz	4	250,50 bz
Böhm. Westbahn	5	130,00 bzG
Brest-Grajewo	5	
Dux-Bodenbach	4	145 30 bzG
Elisabeth-Westbahn	5	89,80 G
Kais. Franz Joseph	5	82,75 G
Gal. (Karl Ludwig.)	5	135 25 bz
Gotthard-Bahn 95	5	
Kaschau-Oderberg	4	63,25 G
Lüttich-Limburg	4	13,75 bzG
Oestr.-frz. Staatsb.	4	
do. Nordw.-B.	5	353,00 bz
do. Litt. B. Elb.	4	399,00 bz
Reichenb.-Pardubitz	4½	65,90 bz
Kronpr. Rud.-Bahn	5	71,10 bzG
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	3½	60,10 bzG
do. Certifikate	4	
Russ. Staatsbahn	5	129,75 bz
do. Südwestbahn	5	59.50 bz
Schweizer Unionb.	4	50,40 G
Schweizer Westbahn	4	30,10 bz
Süd österr. (Lomb.)	4	
Turn.-Prag	4	157,00 bzG
Warschau-Wien	4	189,50 bzB

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Berlin-Dresden	5	42 60 bzG
Berlin-Görlitzer	5	100,50 bzG
Halle-Sorau-Gub.	5	81 10 bzG
Märkisch-Posen	6	120 50 G
Marienb.-Mlawka	5	116 50 bzG
Münster-Enschede	5	26,50 bzG
Nordhausen-Erfurt	5	96,50 bz
Oberlausitzer	5	60,00 bzG
Oels-Gnesen	5	62,75 bzG
Ostpreuß. Südbahn	5	105,75 bzG
Posen-Kreuzburg	5	79,25 bzG
Rechte Oderuf.-Bahn	5	176,60 bzG
Rumänische	5	
Saalbahn	5	76,30 G
Saal-Unstrutbahn	3	
Tilsit-Insterburg	5	85,10 bzG
Weimar-Geraer	5	42,75 bzG

Staatsbahn-Aktien.

Brl.-Potsd.-Magd.	4	
Berlin-Stettin	4½	118,00 bzB
Cöln-Minden	6	
Magd.-Halberstadt	3½	88,80 G
Mgd.-Halbst. B. abg.	3½	88,80 G
do. B. unabg.	3½	88,80 G
do. C. do. abg.	5	127.10 bzG
Münster-Hamm	4	
Niederschl.-Märk.	4	100,50 G
Rhein. St.-A. abg.	6½	163 80 G
do. neue 4 proc.	5	162,70 bzG
do. Lit. B. gar.	4	101,50 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4	
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
Berg.-Märkische I.	4½	103,00 G
do. II.	4½	103,00 G
do. III. v. St. g.	3½	93,60 Gbz
do. do. Litt. B.	3½	93,60 bzG
do. do. Litt. C	3½	93,60 bzG
do. IV.	4½	
do. V	4½	103,00 bz
do VI	4½	104.50 B
do. VII	4½	102,90 B
Aachen-Düsseldf. I	4	
do. do. II	4	
do. do. III	4½	
do. Düss.-Elb.-Pr	4	
do. do. II	4½	
do. Dortm.-Soest	4	
do. do. II	4	102,40 bzG
do. Nordb. Fr. W.	4½	102,90 G
do. Ruhr.-K.-G. I	4½	
do. do. II	4½	
do. do. III	4	
Berlin-Anhalt A.	4½	102,80 G
do. B.	4½	102,80 G
do. Litt. C.	4½	103.00 B
Berlin-Görlitz	4½	102,80 G
do. do. Litt. B	4½	102,80 G
Berlin-Hamburg I	4	100,75 B
do. do. II	4	100,75 B
do. do. III	4½	104,00 B
Brl.-Ptsd.-M. A. B	4	
do. do. C	4	100,75 G
do. do. D	4½	103.50 bz
do. do. E	4½	103.00 bz
Berlin-Stettin I	4½	
do. do. II	4	101,00 bzB
do. do. III		101,00 bzB
do. IV. v. St. g	4	101,00 bzB
do. VI. do.	4	
do. VII.	4½	
Bresl.-Schw.-Freib	4½	
do. do. Litt. G	4½	103,00 bzB
do. do. Litt. H	4	102,90 bzG
do. do. Litt. I	4½	102,90 G
do. do. 1876	5	106,00 G
Cöln-Minden IV	4	100,80 bz
do. do. V	4	100,80 bz
do. do. VI	4½	104,60 bzB
Halle-Sorau-Guben	4½	103,60 bz
do. do. C.	4½	103,60 bz
Hannov.-Altenbk. I.	4½	
do. do. II	4½	
do. do. III	4½	
Märkisch-Posener	4½	102,20 bzG
Mainz-Ludwigsh.	4½	103,00 bzG
do. do.	5	105,80 B
Magd.-Halberstadt	4½	
do. do. de 1861	4½	103,00 bzG
do. do. de 1873	4½	102,75 bz
do. Leipz. A.	4½	105,40 bzB
do. do. B.	4	101,25 bzG
do. Wittenberge	4½	
do. do.	3	85,00 B
Niederschl.-Märk. I.	4	101,00 B
do. II. a 62½ thlr.	4	101,00 B
do. Obl. I. u. II.	4	101,00 B
do. do. III conv.	4	
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	100,60 bzG
do. D.	4	93,75 G
do. E.	3½	
do. F.	4½	
do. G.	4½	
do. H	4	103,60 bzG
Oberschles. v. 1873	4	100,60 bzG
do. v. 1874	4½	
Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Oels-Gnesen	4½	103,10 bzG
Ostpreuß. Südbahn	4½	
do. Litt. B.	4½	
do. Litt. C.	4½	
Posen-Creuzburg	5	105,50 G
Rechte-Oder-Ufer	4½	
Rheinische	4	101,20 bzB
do. v. St. gar.	3½	
do. v. 1858, 60	4½	102,80 G
do. v. 1862, 64	4½	102,80 G
do. v. 1865	4½	102 80 G
do. 1869, 71, 73	4½	103,00 G
do. v. 1874, 77	4½	
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	100,30 bz
do. II do.	4½	100,30 bz
Schleswiger	4½	102,75 G
Thüringer I.	4	101,25 bz
do. II.	4½	
do. III.	4	101,25 bz
do. IV.	4½	103 00 G
do. V.	4½	103,00 G
do. VI.	4½	103,00 G

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	86,90 bz
Gal. Karl-Ludwigb.	4½	85,00 bzG
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
do. do. IV.	5	
Lemberg-Czernow. I	5	80,10 G
do. II.	5	85,50 G
do. III.	5	81,80 G
do. IV.	5	81,40 G
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	59.20 bzB
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	383,50 B
do. Ergänzsb.	3	360,00 bzG
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	105,75 bz
do. II. Em.	5	105,75 bz
Oesterr. Nordwest.	5	87,90 G
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	87,20 G
do. Geld-Priorit.	5	
Kaschau-Oderb. gar.	5	83,60 bzG
Kronpr. Rud.-Bahn	5	85,20 bzG
do. do. 1869	5	85,10 bzG
do. do. 1872	5	84,90 G
Raab-Graz Pr.-A.	4	93,75 bzG
Reichenb.-Pardubitz	5	86,40 G
Südösterr. (Lomb.)	3	286,75 bzG
do. do. neue	3	287,25 bzG
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	101,50 bz
Brest-Grajewo	5	86,00 bz
Charkow-Asow g.	5	90,00 bz
do. in Lstr. a 20	5	84,00 B
Chark.-Krementsch.	5	88,20 bz
Jelez-Orel, gar.	5	86,75 bz
Koslow-Woron. gar	5	92,00 bzB
Koslow-Woron. Ob.	5	79,50 B
Kursk-Chark. gar.	5	87.75 bzB
K.-Chark.-As. (Obl.)	5	80,90 bz
Kursk-Kiew, gar.	5	96,25 B
Losowo-Sewast.	5	75,00 bz
Mosko-Rjäsan, g.	5	100,90 bz
Mosk.-Smolensk, g.	5	90,60 G
Schuja-Iwanow.	5	88,25 B
Warsch.-Teresp., g.	5	90,60 B
do. kleine, g.	5	91,10 B
Warschau-Wien II.	5	102,00 G
do. III.	5	102,00 bzG
do. IV.	5	101,70 G
Zarskoe-Selo	5	60,10 G

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.